

zda

Zentrum für
Demokratie
Aarau

Centre for Research on Direct Democracy c2d | UZH
Allgemeine Demokratieforschung | UZH
Politische Bildung und Geschichtsdidaktik | PH FHNW

Andri Heimann, Robin Gut, Daniel Kübler

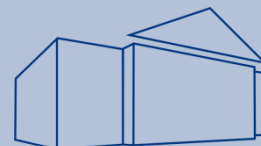
Die Jugend und die Citoyenneté der Zukunft

Studienbericht

Im Auftrag der Schweizerischen UNESCO-Kommission
und der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft

Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 25.
August, 2023

www.zdaarau.ch





Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft
Société suisse d'utilité publique
Società svizzera di utilità pubblica
Societad svizra d'utilitad publica

Projektinformation

Auftraggeberin:	Schweizerische UNESCO-Kommission und Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft
Projektlaufzeit:	Juli 2022 – August 2023
Externe Projektleitung bei der UNESCO-Kommission:	Janine Dahinden, Mitglied Corinne Wild, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Zitervorschlag:	Heimann, Andri; Gut, Robin; Kübler, Daniel (2023): <i>Die Jugend und die Citoyenneté der Zukunft.</i> Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 25. Aarau.

Impressum

Publikationsreihe des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA)
Herausgegeben von Andreas Glaser, Daniel Kübler und Monika Waldis

ISBN-Nr: 978-3-906918-37-2

Bezugsadresse:
Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)
Villa Blumenhalde, Küttigerstrasse 21
CH-5000 Aarau
Telefon +41 62 836 94 44
E-Mail info@zdaarau.ch
www.zdaarau.ch

© 2023 bei den Autoren

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	4
Zusammenfassung	5
1. Einleitung.....	8
2. Forschungsstand und methodisches Vorgehen	10
2.1 Gesellschaftliches Engagement und politische Beteiligung in der Schweiz	10
2.2 Datenerhebung und Stichprobe	11
3. Interesse an und Beschäftigung mit Politik.....	13
3.1 Politisches Interesse	13
3.2 Auseinandersetzung mit Politik	15
3.3 Politische Wirksamkeit	17
Infobox Stimmrechtsalter 16? Partizipationsvoraussetzungen der 16- und 17-Jährigen.....	19
3.4 Vertrauen in und Zufriedenheit mit der Demokratie.....	22
3.5 Demokratieeinstellungen.....	24
4. Politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen	27
4.1 Was beinhaltet politische Beteiligung?	27
4.2 Partizipationspraxis	28
4.3 Partizipationstypen.....	31
4.4 Transnationale Beteiligung.....	42
4.5 Zukünftiger Partizipationswille.....	43
5. Schlussbetrachtung.....	49
6. Literaturverzeichnis	52
7. Anhang.....	54
7.1. Fragebogen.....	54
7.2. Analyse und Gewichtung der Daten	64

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zusammensetzung der Stichprobe	12
Abbildung 1: Politisches Interesse nach Geschlecht	14
Abbildung 2: Politisches Interesse nach Themenbereichen	15
Abbildung 3: Konsum von politischen Inhalten nach Medienplattformen	16
Abbildung 4: Politische Diskussionen	17
Abbildung 5: Politische Diskussionsbereitschaft	17
Abbildung 6: Interne und externe Wirksamkeit	19
Abbildung 7: Politisches Interesse, nach Alter	20
Abbildung 8: Politische Orientierung, nach Alter	20
Abbildung 9: Politische Wirksamkeit, nach Alter	21
Abbildung 10: Vertrauen in Institutionen	22
Abbildung 11: Zufriedenheit mit Demokratie	23
Abbildung 12: Einschränkung von Grundrechten	24
Abbildung 13: Demokratieeinstellungen	26
Tabelle 2: Typologie der politischen Partizipationsformen	28
Abbildung 14: Nutzung von institutionellen Beteiligungsformen, nur Stimmberechtigte	29
Abbildung 15: Nutzung von weiteren Beteiligungsformen, alle Befragten	29
Abbildung 16: Nutzung von individuell-expressiven Beteiligungsformen, alle Befragten	30
Abbildung 17: Nutzung von demonstrativ-kollektiven Beteiligungsformen, alle Befragten	31
Abbildung 18: Anteil Partizipationstypen in Prozent (Stimmberechtigte)	32
Abbildung 19: Politische Aktivitäten nach Partizipationstypen (Stimmberechtigte)	35
Abbildung 20: Zugehörigkeit zu Partizipationstypen (Stimmberechtigte)	36
Abbildung 21: Anteil Partizipationstypen in Prozent (Nicht-Stimmberechtigte)	38
Abbildung 22: Politische Aktivitäten nach Partizipationstypen (Nicht-Stimmberechtigte)	40
Abbildung 23: Zugehörigkeit zu Partizipationstypen (Nicht-Stimmberechtigte)	41
Abbildung 24: Nutzung von transnationalen Beteiligungsformen	43
Abbildung 25: Partizipationswille an institutionellen Beteiligungsformen, nur Stimmberechtigte	44
Abbildung 26: Partizipationswille an jugendspezifischen Beteiligungsformen, alle Befragten	44
Abbildung 27: Einflussfaktoren für die Teilnahmewahrscheinlichkeit	45
Abbildung 28: Teilnahmeabsicht nach Partizipationstyp (Stimmberechtigte)	47
Abbildung 29: Teilnahmeabsicht nach Partizipationstyp (Nicht-Stimmberechtigte)	47

Zusammenfassung

Ausgangslage und Zielsetzungen der Studie

Im Herbst 2023 findet in der Schweiz der Zukunftsrat U24 statt. Beim Zukunftsrat handelt es sich um ein neues Format der politischen Beteiligung, der seine Teilnehmer:innen per Losverfahren bestimmt. Zielgruppe des ersten Zukunftsrates sind Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 24 Jahren (U24). Im Rahmen dieser Durchführung beauftragte die Schweizerische UNESCO-Kommission und die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft das Zentrum für Demokratie Aarau damit, innerhalb dieser Zielgruppe eine repräsentative Befragung durchzuführen. Die Befragung soll erstens Auskunft darüber geben, welche Partizipationsvoraussetzungen Jugendliche und junge Erwachsenen mitbringen und wie sie über verschiedene Demokratievorstellungen denken. Zweitens soll sie Erkenntnisse über die gegenwärtigen politischen Partizipationspraktiken liefern. Drittens soll sie aufzeigen, inwiefern Jugendliche und junge Erwachsene gewillt sind, in Zukunft verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen. Letztere Frage ist insbesondere im Zusammenhang mit dem 2023 stattfindenden Zukunftsrat U24 von Interesse. Die Befragung fand im Frühling 2023 statt. Insgesamt haben 4'589 Jugendliche und junge Erwachsene in der Schweiz an der Befragung teilgenommen.

Partizipationsvoraussetzungen

Die Resultate zeigen, dass die Voraussetzungen zur politischen Partizipation unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehrheitlich gegeben sind. Rund 60 Prozent der Befragten geben an, politisch interessiert zu sein. Am höchsten ist das Interesse insbesondere für Abstimmungen in der Schweiz, internationale Politik oder einzelne Themen (z.B. Umweltpolitik). Dagegen ist das Interesse für Gemeindepolitik oder Wahlen in der Schweiz am wenigsten ausgeprägt. Die Mehrheit der Befragten informiert sich zudem mehrmals pro Woche über politische Themen. Soziale Medien wie z.B. Instagram oder TikTok sind mittlerweile die wichtigsten politischen Informationsquellen für die junge Generation. 69 Prozent der Befragten verfolgen politische Themen in den sozialen Medien mehrmals pro Woche.

Des Weiteren zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass sich eine Mehrheit der Befragten die politische Teilhabe zutraut. Rund drei Viertel fühlen sich befähigt, wichtige politische Fragen gut zu verstehen und einschätzen zu können. Ebenso viele geben an, kein Problem damit zu haben, die eigenen politischen Überzeugungen zu äussern. Demgegenüber steht eine grosse Minderheit der Befragten, die sich lieber von politischen Diskussionen fernhält. Sei dies, weil sie in einer politischen Diskussion nicht als naiv oder unwissend erscheinen wollen (41%) oder weil sie finden, dass es schnell einmal zu Konflikten führen kann, wenn über Politik diskutiert wird (44%). Rund 16 Prozent der Befragten fürchten sogar, sozial ausgegrenzt zu werden, wenn sie ihre Meinungen offen teilen.

Die Resultate über die Einstellungen zur Demokratie der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigen indes, dass die Jugendlichen ein hohes Grundvertrauen gegenüber den politischen Institutionen und eine hohe Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Schweiz aufweisen (89%). Insbesondere die direkte Demokratie mit Volksabstimmungen schätzen 87 Prozent der Befragten als ein gutes Mittel ein, über wichtige politische Fragen zu entscheiden. Weitaus kritischer sind die Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenüber Politiker:innen und politischen Parteien. Nur gerade ein Drittel (34%) ist der Ansicht, dass die Politiker:innen ihre Anliegen und Interessen genügend berücksichtigen. Zudem vertrauen lediglich 38 Prozent der Befragten den politischen Parteien.

Politische Partizipationspraxis

Der Studie liegt ein weiter Begriff von politischer Partizipation zu Grunde, der sowohl institutionelle Beteiligungsformen wie z.B. Wählen und Abstimmen, als auch nicht-institutionelle Formen wie z.B. die Teilnahme an Demonstrationen oder das Engagement in gemeinnützigen Organisationen umfasst. Basierend auf der unterschiedlichen Nutzung dieser Beteiligungsmöglichkeiten identifizieren wir verschiedene Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich auf ähnliche Art und Weise politisch engagieren.

Die Stimmberechtigten (die über 18-Jährigen Schweizer:innen), die rund 62.5% Prozent der Befragten ausmachen, wurden vier verschiedenen Partizipationstypen zugeordnet: *Den Apolitischen*, die sich nicht politisch beteiligen und sich lieber aus der Politik fernhalten. Diese Gruppe macht rund 15 Prozent der Stimmberechtigten aus. Jüngere Personen, Personen mit tiefer Ausbildung, politisch eher rechts eingestellte Personen, und solche mit niedrigem politischem Interesse, sowie mit Migrationshintergrund sind signifikant häufiger unter den Apolitischen vertreten als ältere Personen, Personen mit hoher Ausbildung, politisch eher links eingestellte Personen, solche mit hohem politischem Interesse und ohne Migrationshintergrund.

Die Mehrheit der Stimmberechtigten (51%) lässt sich als *institutionell Engagierte* bezeichnen. Sie betrachten die Teilnahme an klassischen Beteiligungsformaten wie Wahlen und Abstimmungen als Bürger:innenpflicht und nehmen diese auch pflichtbewusst wahr. Darüber hinaus beschäftigen sie sich aber eher selten mit Politik. Insbesondere Männer, Personen ohne Migrationshintergrund, eher politisch rechts eingestellte und solche mit wenig ausgeprägtem politischen Interesse gehören signifikant häufiger zu den institutionell-Engagierten.

Die dritte Gruppe, die *politischen Aktivist:innen* (27%), beteiligen sich ebenso stark an Wahlen und Abstimmungen wie die institutionell-Engagierten. Darüber hinaus machen sie sich aber auch viele weitere, nicht-institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten zu eigen und engagieren sich auf vielfältige Art und Weise in der Gesellschaft. Einzig in den etablierten Parteienstrukturen fühlen sie sich weniger zu Hause und engagieren sich entsprechend selten in politischen Parteien oder kandidieren für politische Ämter. Zu den politischen Aktivist:innen gehören signifikant häufiger Frauen, Personen mit höherer Ausbildung und hohem politischen

Interesse, eher politisch links eingestellte Personen und solche, die sich selbst als politisch kompetent einschätzen.

Im Unterschied zu den politischen Aktivist:innen sind die *Politik-Enthusiast:innen*, der vierte identifizierte Partizipationstyp (7%), viel stärker in den etablierten parteipolitischen Strukturen aktiv. Sie leben praktisch für die Politik, engagieren sich gesellschaftlich, bringen sich in politischen Parteien ein und nutzen die gesamte Bandbreite der ihnen zur Verfügung stehenden Beteiligungsmöglichkeiten. Sie zeichnen sich hauptsächlich durch ein sehr hohes politisches Interesse aus. Darüber hinaus weisen weder das Alter, das Geschlecht, die Ausbildung, noch die Herkunft oder die politische Orientierung signifikante Effekte auf, die diese Typenzugehörigkeit erklären können.

Zu den Nicht-Stimmberechtigten zählen diejenigen der Befragten, die unter 18 Jahre alt sind oder die Schweizer Staatsbürgerschaft nicht besitzen. Sie machen rund 37.5 Prozent der Befragten aus. Für die Nicht-Stimmberechtigten wurden drei Partizipationstypen identifiziert, einzig die *institutionell Engagierten* fallen aufgrund des fehlenden Wahl- und Stimmrechts weg. Die *Apolitischen* machen unter den nicht-Stimmberechtigten rund 58 Prozent aus, die *politischen Aktivist:innen* rund 31 Prozent, die *Politikenthusiast:innen* 11 Prozent. Die Faktoren, die die Zugehörigkeit zu den einzelnen Partizipations-Typen erklären, sind jeweils sehr ähnlich wie bei den Stimmberechtigten. Der viel höhere Anteil der Apolitischen im Vergleich zu den Stimmberechtigten lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass ihnen die institutionelle Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen verwehrt bleibt, weshalb die Mehrheit der nicht-Stimmberechtigten nicht aktiv am politischen Geschehen teilnimmt.

Partizipationswille

Der Wille, sich auch in Zukunft politisch zu beteiligen, ist bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen eindeutig vorhanden. Die grösste Teilnahmebereitschaft gilt dabei den institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten, und zwar der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen. Auch neue Beteiligungsformate, wie beispielsweise der Zukunftsrat U24 stossen bei den Befragten auf ein beachtliches Interesse. Rund ein Viertel der Befragten gibt an, am Zukunftsrat U24 teilnehmen zu wollen. Allgemein lässt sich festhalten, dass ein Bürger:innenrat für Jugendliche grösstenteils ähnliche Jugendliche und junge Erwachsenen anspricht und zur politischen Teilnahme motiviert, wie ein Jugendparlament / eine Jugendsession. Beide Beteiligungsformen sprechen im Unterschied zu klassischen Formen wie Wahlen und Abstimmungen stärker jüngere Personen und solche mit Migrationshintergrund, bzw. ohne Schweizer Pass, an. Darüber hinaus zeigt sich, dass Formate wie der Zukunftsrat U24 ein gewisses Potenzial aufweisen, solche Jugendliche und jungen Erwachsenen zur Teilnahme zu motivieren, die gegenüber etablierten politischen Institutionen und politischen Parteien skeptisch gestimmt sind. Insofern bieten solche neuen Formate die Chance, ein breiteres Spektrum an Jugendlichen und jungen Erwachsenen in politische Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen, und durch ihre Teilnahme im besten Fall auch ihr Interesse für und ihr Vertrauen in die Politik weiter zu stärken.

1. Einleitung

Die gesellschaftliche und politische Partizipation bildet das Fundament einer stabilen Demokratie. Dies gilt insbesondere für die Schweizerische halbdirekte Demokratie, die auf der Idee der weitgehenden Selbstregulierung der Bürger:innen basiert (Fuchs 2007). Das gesellschaftliche und politische Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen spielt hierbei eine wichtige Rolle bei der Gestaltung unserer Gesellschaft und der Förderung demokratischer Werte. Nicht nur, weil die Jugendlichen und jungen Erwachsenen am längsten und stärksten von den heutigen politischen Entscheidungen betroffen sind. Sondern auch, weil die aktive Teilnahme an der Gesellschaft ihre Mitbestimmungsfähigkeiten stärkt, Empathie fördert und sie zu engagierten Bürger:innen von morgen macht.

In der Öffentlichkeit ist das Bild von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dabei zwiespältig. Auf der einen Seite wird die Generation Z negativ als arbeitsscheu und unpolitisch wahrgenommen¹. Auf der anderen Seite gilt diese Generation als politisch aktiv, die Klimajugend ist laut und präsent und konnte die Wahlen 2019 mitbeeinflussen². Zuletzt zeigte sich wiederum ein leichter Rückgang der Teilnahmebereitschaft von Jugendlichen in sozialen Bewegungen und stattdessen ein leichter Anstieg bei den Mitgliedschaftszahlen von Jungparteien (Jans et al. 2022).

Ausgehend von diesem ambivalenten Bild widmen wir uns in der vorliegenden Studie dem gesellschaftlichen und politischen Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Schweiz. Welchen Stellenwert messen Jugendliche demokratischen Entscheidungsprozessen bei? Wie engagieren sich die Jugendlichen in der Schweiz von heute politisch? Und wie hoch ist die Teilnahmebereitschaft an neuen Partizipationsformen? Letztere Frage ist insbesondere im Zusammenhang mit dem 2023 stattfindenden Zukunftsrat U24 von Interesse. Beim Zukunftsrat handelt es sich um ein neues Format der politischen Beteiligung, der seine Teilnehmer:innen per Losverfahren bestimmt. Zielgruppe des ersten Zukunftsrates sind Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 24 Jahren (U24). Können durch den Zukunftsrat U24 mehr Jugendliche oder andere Gruppen von Jugendlichen zur politischen Teilnahme motiviert werden, als dies mit den etablierten Beteiligungsformen gelingt? Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, führte das Zentrum für Demokratie Aarau im Auftrag der Schweizerischen UNESCO-Kommission und der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft eine repräsentative Befragung unter den 16-25-Jährigen in der Schweiz durch.

Die vorliegende Studie verfolgt drei Ziele: Erstens geht es darum, den individuellen Voraussetzungen der Befragten zur gesellschaftlichen Teilhabe auf den Grund zu gehen. Nur wer sich als Teil der Gesellschaft versteht, ein Grundvertrauen gegenüber den etablierten Institutionen mitbringt und sich selbst befähigt fühlt, sich einzubringen, nimmt die gebotenen

¹ <https://www.nau.ch/news/wirtschaft/darum-arbeiten-junge-leute-nur-noch-teilzeit-66500984>

² <https://www.srf.ch/news/schweiz/jung-wild-und-engagiert-die-maer-von-der-apolitischen-jugend>

Möglichkeiten der Teilhabe auch wahr. Ein genauerer Blick in die Partizipationsvoraussetzungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen liefert hierfür wichtige Ansätze zur Erklärung ihres gesellschaftlichen und politischen Engagements.

Zweitens identifizieren und analysieren wir die verschiedenen Formen des politischen Engagements von Jugendlichen. Hierbei fokussieren wir nicht nur auf klassische, institutionelle Beteiligungsmöglichkeiten wie Wahlen und Abstimmungen, sondern nehmen auch nicht-institutionelle Beteiligungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Aktivitäten und Engagements von Jugendlichen in die Analyse auf. Im Fokus des Interesses steht dabei die Frage, wie hoch der Anteil Jugendlicher und junger Erwachsenen ist, die sich auf ähnliche Art und Weise politisch engagieren.

Drittens möchten wir mit der vorliegenden Studie einen Blick auf die zukünftige Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Schweiz werfen. Diese Frage interessiert vor allem im Hinblick auf die erstmalige Durchführung des Zukunftsrats U24. Die Beantwortung dieser Fragen liefert wichtige Erkenntnisse darüber, ob durch die Schaffung neuer Formate, wie beispielsweise des Zukunftsrats U24, mehr oder andere Gruppen von Jugendlichen den Zugang zu politischen Prozessen finden können.

Der vorliegende Bericht ist wie folgt aufgebaut: Nach einer kurzen inhaltlichen Einbettung des Zusammenhangs zwischen Partizipationsvoraussetzungen, gesellschaftlichem Engagement und politischer Beteiligung folgt eine Erläuterung des Forschungsstandes und des methodischen Vorgehens (Kapitel 2). Anschliessend werden in Kapitel 3 die Einstellungen und Einschätzungen der Befragten über politische Themen präsentiert. Kapitel 4 widmet sich der politischen Beteiligung der Befragten und geht darauf ein, welche Partizipationsformen von Jugendlichen genutzt werden, inwiefern die Befragten sich über die Landesgrenzen hinaus politisch beteiligen und wie die Teilnahmebereitschaft an neuen Partizipationsformen wie dem Zukunftsrat unter den Befragten verteilt ist. Kapitel 5 rundet die Studie mit einer Schlussbetrachtung ab.

2. Forschungsstand und methodisches Vorgehen

2.1 Gesellschaftliches Engagement und politische Beteiligung in der Schweiz

Gesellschaftliches Engagement und politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind wichtig für eine lebendige Demokratie und eine zukunftsfähige Gesellschaft. In einer Zeit, in der wir mit zahlreichen globalen Herausforderungen konfrontiert sind, wie etwa dem Klimawandel, sozialer Ungleichheit oder dem technologischen Wandel, ist das Engagement junger Menschen unerlässlich. Jungendliches Engagement und politische Beteiligung sind dabei nicht nur ein Mittel zur Vertretung der Interessen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sondern sie sind auch ein Sprungbrett für persönliche Entfaltung und die Entwicklung wichtiger individueller Fähigkeiten (Gabriel et al. 2002). Durch das Engagement in sozialen, ökologischen oder kulturellen Projekten können junge Menschen Verantwortung übernehmen, ihre eigenen Talente entdecken und ihr Selbstbewusstsein stärken. Sie lernen, mit anderen zusammenzuarbeiten, kommunikative Fähigkeiten zu entwickeln und kreative Lösungsansätze zu finden (Howard & Gilbert 2008; Dux et al. 2009).

Darüber hinaus ermöglicht die politische Beteiligung jungen Menschen, ihre Stimme zu erheben und ihre Meinungen zu äussern. Indem sie aktiv an politischen Prozessen teilnehmen, können sie politische Entscheidungen beeinflussen und Veränderungen herbeiführen. Dies ist von grosser Bedeutung, da Jugendliche oft von politischen Entscheidungen betroffen sind, aber aufgrund fehlender Wahl- und Stimmberechtigung nicht immer die Möglichkeit haben, direkt mitzuwirken. Durch ihr Engagement können sie ihre Anliegen in den politischen Raum einbringen und dazu beitragen, dass ihre Perspektiven und Bedürfnisse gehört und berücksichtigt werden.

In den letzten Jahren hat sich eine Vielzahl an Untersuchungen dem Stand der politischen Bildung und der Partizipation von Jugendlichen gewidmet. Gemäss den Ergebnissen des CS-Jugendbarometers 2020 können soziale Bewegungen und politische Proteste, die dazu noch mit eigenen Werten wie Nachhaltigkeit, Gleichheit oder Sicherheit verbunden sind, Jugendliche und junge Erwachsene zu politischem Handeln mobilisieren (Golder et al. 2020a). Gemäss neuesten Erkenntnissen haben solche Bewegungen unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen jedoch wieder etwas an Beliebtheit eingebüsst (Jans et al. 2022). Die politische Partizipation der Jungen wird in verschiedenen Studien als ad-hoc, selektiv aber geografisch breit aufgestellt charakterisiert (Rothenbühler et al., 2012; Golder et al. 2020b). Nationalstaatliche Zugehörigkeiten bzw. formales Stimmrecht spielen dabei eine sekundäre Rolle, wie die Bewegungen zu #meToo, #blacklivesmatter, #Klimastreik etc. zeigen³.

Insgesamt fehlen jedoch klare Befunde dazu, welche Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Schweiz nicht-institutionalisierte Partizipationsmöglichkeiten für ihre politische Teilhabe nutzen und wie sie das tun. Dies betrifft im Speziellen Formen der Beteiligung, die

³ Einen umfangreichen Überblick über den aktuellen Forschungsstand liefert beispielsweise Nef et al. (2023)

im Rahmen «demokratischer Innovationen» (Smith, 2009) entstanden sind. Im Vergleich zu anderen etablierten Demokratien ist die Schweiz zwar diesbezüglich eine Nachzüglerin. In den letzten Jahren hat aber auch hierzulande ein bemerkenswerter Innovationsschub eingesetzt, besonders auf der lokalen Ebene. In vielen Schweizer Städten und Gemeinden wurden neue Formen der Bürger:innenbeteiligung ins Leben gerufen, wie etwa Stakeholder Workshops, Bürger:innenforen, oder Partizipative Budgets (Kübler et al., 2020; Van der Heiden & Krummenacher, 2011). Auch digitale Partizipationsmöglichkeiten etablieren sich zunehmend, auch wenn gemäss dem am ZDA entwickelte DigiPartIndex in vielen Kantonen noch Luft nach oben da ist (Serdült & Hofmann 2022).

Die neuste Tendenz in dieser Entwicklung neuer Partizipationskanäle ist die Durchführung von Räten mit zufällig ausgewählten Bürger:innen. Mittels geschichteter Stichprobenziehung wird dabei sichergestellt, dass die Beteiligten in den wesentlichen sozio-demographischen bzw. politischen Merkmalen ein repräsentatives Abbild der Gesamtbevölkerung darstellen. In der Schweiz wurden solche Bürger:innenräte in den letzten vier Jahren auf allen politischen Ebenen durchgeführt⁴. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass durch das Losverfahren Bevölkerungsgruppen zur politischen Teilhabe bewegt werden können, die ansonsten weniger stark partizipieren (Geisler & Stojanović 2020). Untersuchungen über Bürger:innenräte im Kanton Zürich zeigten zudem, dass die Teilnahmemotivation von jüngeren Personen höher war als von älteren Personen (Heimann et al. 2022). Darüber hinaus fehlen jedoch klare Befunde über die Teilnahmebereitschaft von Jugendlichen an solchen Bürger:innenräten.

2.2 Datenerhebung und Stichprobe

Um den Einstellungen zu demokratischen Werten und Kompetenzen und dem Partizipationsverhalten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf den Grund zu gehen, wurde im Frühling 2023 eine repräsentative Befragung von in der Schweiz wohnhaften Personen zwischen 16-25 Jahren durchgeführt. Hierfür zog das Bundesamt für Statistik aus dem Stichprobenrahmen (SRPH) eine Bruttostichprobe von 19'861 Personen. Um eine angemessene Vertretung aller Sprachregionen zu erreichen, wurde eine disproportionale Zufallsstichprobe gezogen, d.h. mit einer absichtlichen Überrepräsentierung der französisch bzw. der italienischsprachigen Landesteile⁵.

Die Befragten wurden brieflich zur Teilnahme an einer online-Befragung eingeladen. Nach drei Wochen wurde ein Erinnerungsbrief verschickt an diejenigen, die bis dahin noch nicht an der Befragung teilgenommen haben. Die Briefe wurden im Namen von Prof. Dr. Daniel Kübler, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Zürich und Lara König, Co-Projektleiterin des Zukunftsrats U24 von Pro Futuris versendet. Mit der technischen Umsetzung wurde das

⁴ Eine Übersicht über Bürger:innenräte in der Schweiz findet sich bspw. unter www.demoscan.ch/weitere-projekte

⁵ Die disproportionale Stichprobe wurde insbesondere auch deswegen erhoben, weil die angeschriebenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit der Teilnahme an der Befragung ebenfalls die Möglichkeit erhielten, sich für einen Platz im Zukunftsrat U24 zu bewerben. Durch eine disproportionale Stichprobe konnte sichergestellt werden, dass sich genügend Jugendlichen aus allen Sprachregionen für die Teilnahme am Zukunftsrat U24 anmeldeten, um darin eine angemessene Verteilung der Sprachregionen zu gewährleisten.

Markt- und Meinungsforschungsinstitut DemoSCOPE beauftragt. Die Feldphase der Befragung dauerte vom 20. März bis zum 14. Mai 2023. Der Fragebogen ist im Anhang 7.1 einsehbar.

Von 19'861 angeschriebenen Personen füllten 4'836 Personen den Fragebogen aus. Dies entspricht einem Rücklauf von 24.3%. Aufgrund unsystematischen Antwortverhaltens⁶ wurden total 247 Beobachtungen aus dem Datensatz entfernt. Für die Analyse wurde somit eine Stichprobe mit 4'589 Beobachtungen verwendet.

In Bezug auf die Repräsentativität waren Frauen, jüngere Personen, italienisch- und französischsprachige Personen, sowie Schweizer:innen bei den Antwortenden leicht überrepräsentiert. Aus diesem Grund wurden die Daten nach Geschlecht, Alter, Sprache und Staatsbürgerschaft entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung gewichtet (Pasek et al. 2014). Die Vorgehensweise bei der Gewichtung der Daten wird im Anhang 7.2 erläutert.

Tabelle 1: Zusammensetzung der Stichprobe

Region	Geschlecht			Alter			Staatsbürgerschaft		Total
	M	W	divers	16-17	18-21	22-25	CH	andere	
D-CH	983	1170	9	408	969	785	1'948	214	2'162
F-CH	682	774	16	271	654	547	1'222	250	1'472
It-CH	419	528	8	166	417	372	829	126	955
Total	2'084	2'472	33	845	2'040	1'704	3'999	590	4'589

⁶ Wie zum Beispiel Ausländer:innen, die bereits in der Schweiz abgestimmt haben wollen, ohne dass dies in ihrem Wohnkanton möglich gewesen wäre.

3. Interesse an und Beschäftigung mit Politik

Im Fokus dieses Kapitels stehen die Voraussetzungen gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, insbesondere das politische Interesse, die Beschäftigung mit Politik und die Einschätzung der eigenen Kompetenzen, die eigene Meinung zu äussern und politischen Diskussionen zu folgen.

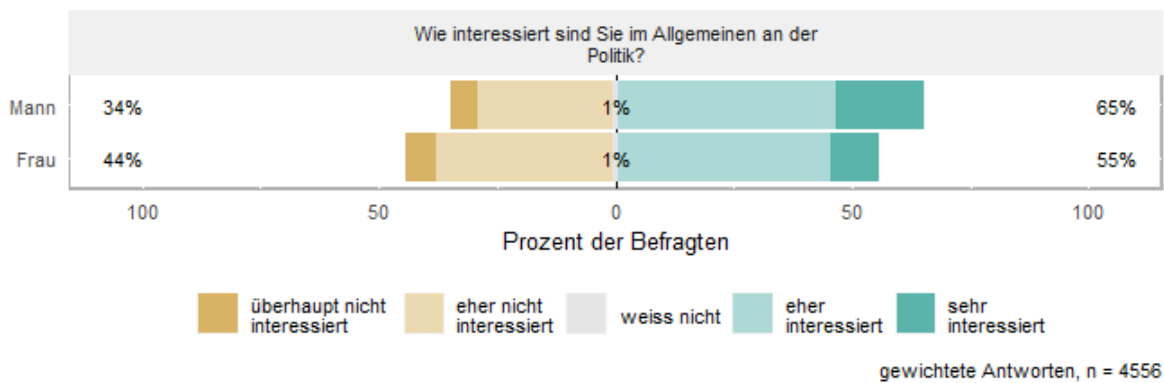
3.1 Politisches Interesse

Eine wichtige Voraussetzung, im speziellen für die politische Beteiligung, ist das Interesse an Politik. Dies gilt umso mehr für Jugendliche und junge Erwachsene, die sich noch am Anfang ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung befinden und entsprechend oft andere Dinge priorisieren als die Beschäftigung mit politischen Fragen.

Insgesamt zeigt sich, dass sich rund 60 Prozent der Befragten als politisch eher oder sehr interessiert einschätzen (Abbildung 1). Der Anteil der «sehr interessierten» ist indes unter den männlichen Befragten etwas höher als unter den weiblichen Befragten.⁷ Im Vergleich zu anderen Befragungen ist das politische Interesse in der vorliegenden Studie etwas höher. Im Easyvote-Politikmonitor (Jans et al. 2022: 8) bezeichnen sich beispielsweise 49 Prozent der Befragten als eher oder sehr interessiert an Politik. In der Schweizer YASS-Befragung von 2019 (Mischler et al. 2022: 127) sind es 45 Prozent, in der Befragung von Milic et al. (2023) mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Liechtenstein sind es 51 Prozent. Aufschlussreich ist zudem der Anteil der Befragten, die angeben, politisch überhaupt nicht interessiert zu sein. In der YASS-Befragung, die anlässlich der militärischen Aushebung unter über 30'000 19-jährigen Rekruten durchgeführt wird, ist dieser Anteil bei 23 Prozent. In der vorliegenden Studie beträgt er 7 Prozent. Dies dürfte insbesondere damit zusammenhängen, dass die Teilnahme an der YASS-Befragung für die wehrpflichtigen Männer obligatorisch ist, während die Teilnahme an dieser Umfrage auf Freiwilligkeit basierte. Es ist deshalb zu vermuten, dass ein hohes politisches Interesse auch eine Motivation dar, an der vorliegenden Befragung teilzunehmen. Der Anteil politisch interessierter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Schweizer Bevölkerung ist demnach effektiv etwas tiefer anzulegen als in der vorliegenden Befragung.

Die Männer wiesen dabei eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit auf, ein grösseres politisches Interesse anzugeben als Frauen. Ein ähnlicher Effekt zeigte sich bei der Ausbildung und der politischen Orientierung: Antwortende mit einem hohen Bildungsniveau und politisch eher links verortete Befragte wiesen ebenfalls eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit eines grösseren politischen Interesses auf. Keine statistisch signifikanten Effekte zeigten sich in Bezug auf das Alter und die Stimmberechtigung.

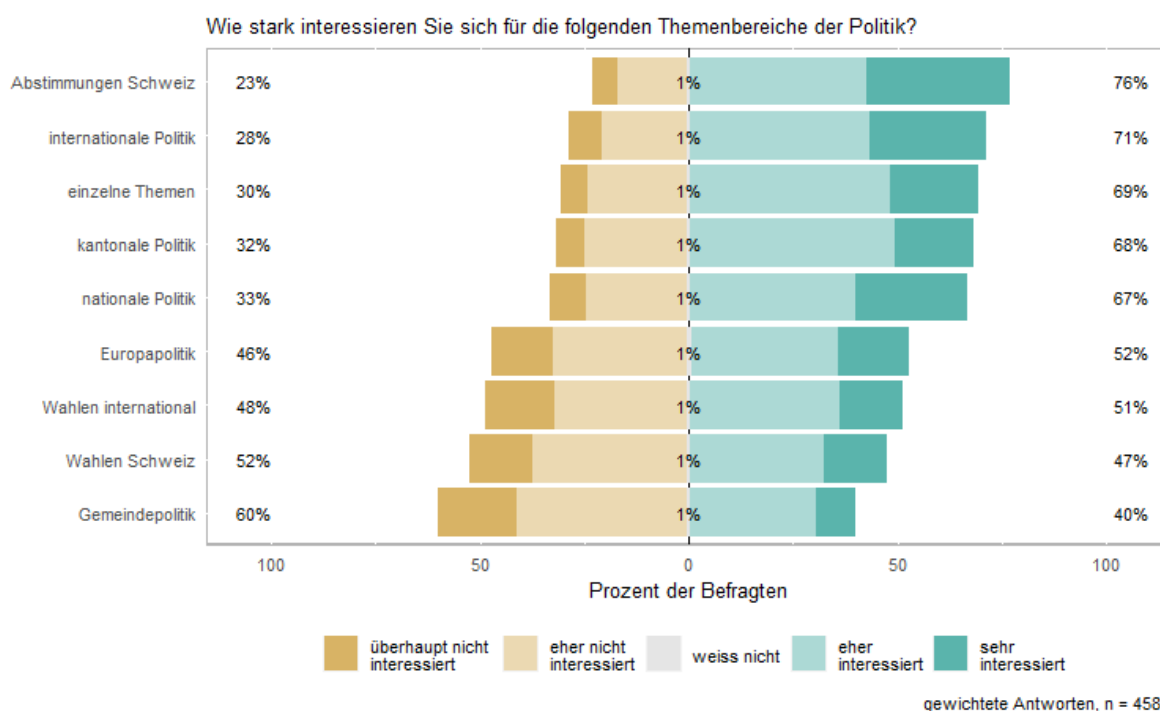
⁷ Die 33 Befragten, die sich weder als "Mann" noch als "Frau" identifizieren, wurden für die Analyse der Geschlechtsunterschiede jeweils nicht berücksichtigt.

Abbildung 1: Politisches Interesse nach Geschlecht

In Bezug auf die verschiedenen Themenbereiche, für die sich die Befragten interessieren, zeigt sich ein interessantes Bild (Abbildung 2). Während sich drei Viertel der Befragten für Abstimmungen in der Schweiz interessieren, ist es knapp weniger als die Hälfte der Befragten, die sich für Wahlen in der Schweiz interessiert. Mit 51 Prozent sogar leicht höher ist das Interesse an Wahlen im Ausland. Des Weiteren zeigt sich ein hohes Interesse an internationaler Politik. Ebenso ein hohes Interesse an einzelnen Themen, wie zum Beispiel der Umweltpolitik. Interesse an der europäischen Politik zeigt hingegen nur rund die Hälfte der Befragten. Während gut zwei Drittel der Befragten angeben, sich sowohl für kantonale als auch für nationale Politik zu interessieren, stösst die Gemeindepolitik auf das geringste Interesse. Lediglich 40 Prozent der Befragten geben an, sich für das politische Geschehen in ihrer Gemeinde zu interessieren. Diese Ergebnisse illustrieren die weitverbreitete Herausforderung für viele Schweizer Gemeinden bei der Besetzung von politischen Ämtern und dem Einbezug jüngerer Bevölkerungsgruppen in die lokalen Angelegenheiten.

Männer interessieren sich signifikant mehr für Schweizer Politik, internationale Politik, Europapolitik und Wahlen, Frauen mehr für kantonale Politik. Höher Gebildete interessieren sich mehr für alle Themenbereiche, ausser für die Gemeindepolitik, für welche sich weniger Gebildete mehr interessieren. Stimmberechtigte zeigen ein stärkeres Interesse an der Gemeindepolitik sowie an Wahlen und Abstimmungen in der Schweiz. Demgegenüber zeigen sie ein tieferes Interesse als Nicht-Stimmberechtigte an der Bundespolitik, Europapolitik und internationaler Politik. Keine signifikanten Effekte zeigten sich beim Alter und der politischen Orientierung.

Abbildung 2: Politisches Interesse nach Themenbereichen



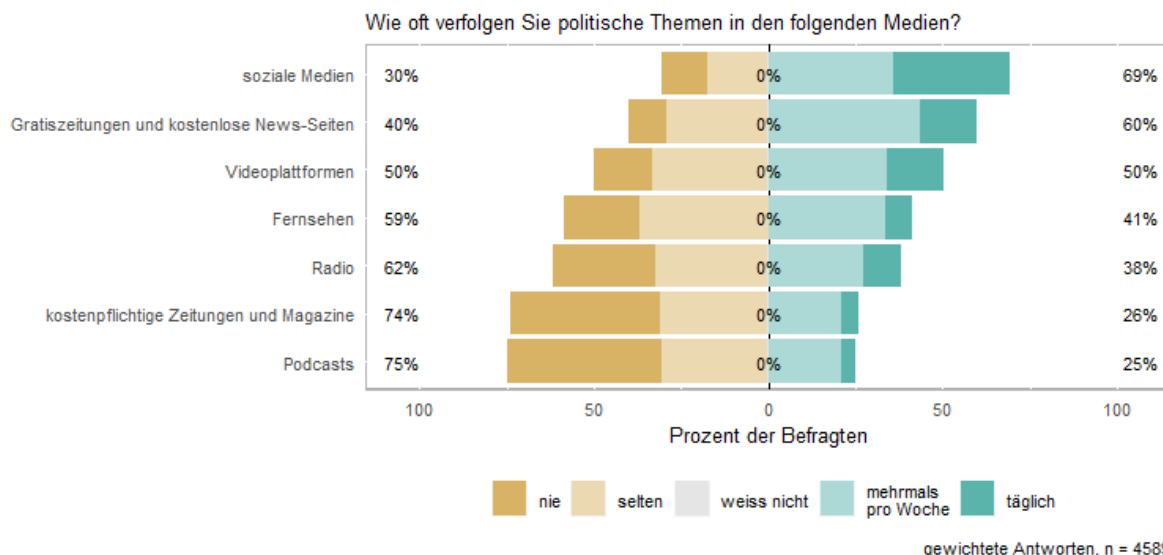
3.2 Auseinandersetzung mit Politik

Teilhabe erfordert Informationen über politische Prozesse und gesellschaftliche Angelegenheiten. Personen, die Zugang zu umfassenden und verlässlichen Informationen haben, sind besser informiert und können sich somit gezielter in Vereinen und Organisationen engagieren und an politischen Aktivitäten teilnehmen. Wie oft und über welche Kanäle sich Jugendliche und junge Erwachsene über politische Themen informieren, ist aus diesem Grund von Bedeutung. Wie die Auswertung in Abbildung 3 zeigt, spielen neue Medienformate die Hauptrolle. Rund 70 Prozent der Befragten geben an, sich mehrmals pro Woche über soziale Medien wie Instagram, Facebook, Twitter oder TikTok zu informieren. Die sozialen Medien sind somit die wichtigsten Informationskanäle für politische Inhalte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Schweiz. Rund 60 Prozent der Befragten informieren sich zudem über Gratiszeitungen und kostenlose News-Seiten. Die Hälfte der Befragten gibt an, sich über Videoplattformen wie beispielsweise YouTube zu informieren. Klassische Informationskanäle wie Fernsehen und Radio erreichen indes nur eine (wenn auch grosse) Minderheit von 41 Prozent, respektive 38 Prozent. Nur rund ein Viertel der Befragten konsultiert regelmässig kostenpflichtige Zeitungen und Magazine sowie Podcasts.

Männer verfolgen politische Themen dabei signifikant häufiger über Gratiszeitungen und kostenpflichtige Zeitungen, Videoplattformen und Podcasts, Frauen eher im Radio, im Fernsehen und auf sozialen Medien. Höher Gebildete greifen eher auf kostenlose und kostenpflichtige Zeitungen sowie Podcasts zurück, weniger Gebildete eher auf das Radio. Stimmberechtigte verfolgen politische Themen eher im Radio und weniger auf

Videoplattformen und sozialen Medien. Beim Alter und der politischen Orientierung sind jedoch keine signifikanten Unterschiede festzustellen.

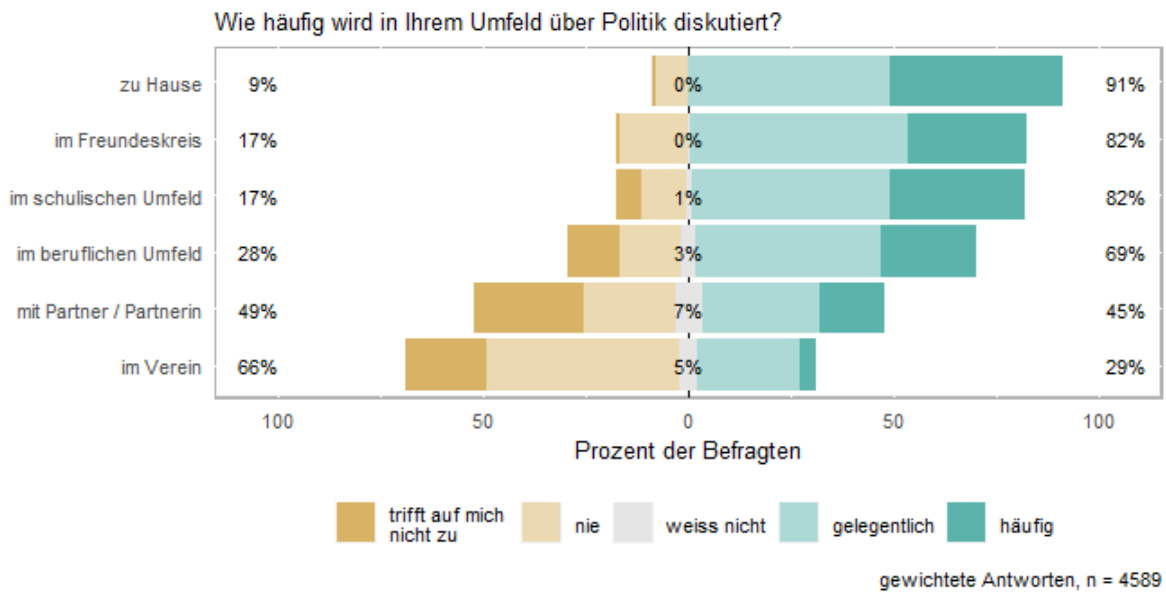
Abbildung 3: Konsum von politischen Inhalten nach Medienplattformen



Des Weiteren wollten wir von den Befragten wissen, wie häufig in ihrem Umfeld über Politik diskutiert wird (Abbildung 4). Die Antworten lassen auf eine starke Präsenz von politischen Themen im Alltag der Befragten schliessen. So geben 91 Prozent der Befragten an, dass zumindest gelegentlich zu Hause über Politik diskutiert wird. Auch im schulischen Umfeld und im Freundeskreis ist dies bei gut 80 Prozent der Befragten der Fall. Dies ermöglicht zwar noch keine Aussage darüber, in welchem Umfang sich die Befragten selbst an den politischen Diskussionen beteiligen. Es zeigt aber, dass bei der überwiegenden Mehrheit die Auseinandersetzung mit Politik präsent ist. Im beruflichen Umfeld ist der Anteil mit 69 Prozent ebenfalls hoch. Betrachtet man hier den Anteil der Befragten, die auch tatsächlich berufstätig sind, beträgt der Anteil, die im beruflichen Umfeld mindestens gelegentlich über Politik diskutieren, sogar 85 Prozent. Von denjenigen, die angeben, mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin zusammenzuwohnen, diskutieren ebenfalls 85 Prozent gelegentlich oder häufig mit der Partnerin oder dem Partner über Politik. Am wenigsten wird in Vereinen über Politik diskutiert.

Männer diskutieren dabei signifikant häufiger im Freundeskreis und im Verein über Politik als Frauen. Höher Gebildete diskutieren zu Hause und im Freundeskreis häufiger über Politik als weniger Gebildete. Stimmberechtigte tendieren in fast allen Umfeldern dazu, mehr über Politik zu diskutieren, als Personen ohne Stimm- und Wahlrecht. Hinsichtlich Alter und bei der politischen Orientierung lassen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede feststellen.

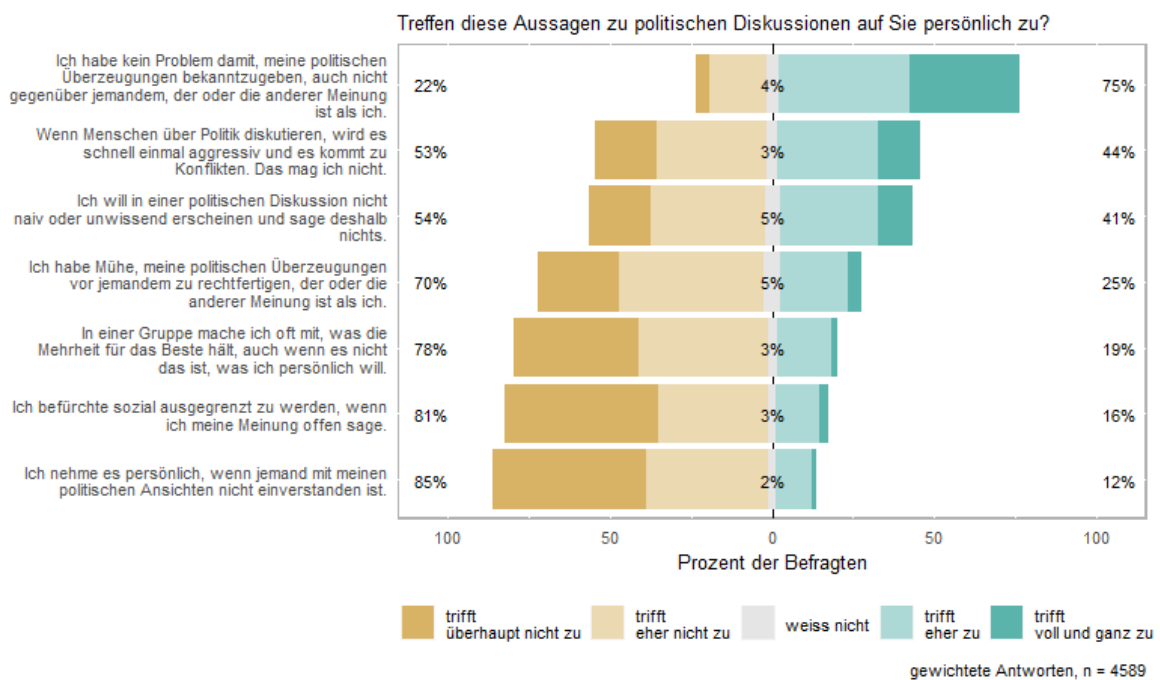
Abbildung 4: Politische Diskussionen



3.3 Politische Wirksamkeit

Bisher stand das Interesse an und die Auseinandersetzung mit Politik im Vordergrund. An dieser Stelle interessiert uns weiter, inwiefern sich Jugendliche und junge Erwachsene überhaupt befähigt fühlen, sich einzubringen und an politischen Diskussionen teilzunehmen. Hierfür wurden den Befragten sieben Aussagen gegenübergestellt, bei denen sie jeweils angeben konnten, inwiefern diese auf sie zutreffen oder nicht (Abbildung 5).

Abbildung 5: Politische Diskussionsbereitschaft



Aufgrund der Antworten der Befragten lässt sich festhalten, dass eine Mehrheit der Befragten sich eine politische Teilhabe zutraut. Rund drei Viertel geben an, kein Problem damit zu haben, die eigenen politischen Überzeugungen zu äussern. Auch die eigenen politischen Überzeugungen vor anderen zu rechtfertigen und dafür einzustehen, scheint einer grossen Mehrheit keine Mühe zu bereiten. Über 80 Prozent der Befragten fürchtet zudem keine Konsequenzen wie beispielsweise soziale Ausgrenzung, wenn sie ihre Meinung kundtun. Sie nehmen es ausserdem nicht persönlich, wenn Andere mit den eigenen politischen Ansichten nicht einverstanden ist. Hinsichtlich politischer Diskussionen zeigt sich ein weniger eindeutiges Bild. Eine grosse Minderheit mag es nicht, über Politik zu diskutieren, weil dies schnell einmal zu Konflikten führe. Ebenfalls wollen rund 41% sich nicht an politischen Diskussionen beteiligen, um nicht naiv oder unwissend zu erscheinen. Während es den meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwar keine Mühe bereitet, die eigene politische Meinung zu äussern, gehen viele politischen Diskussionen mit anderen lieber aus dem Weg.

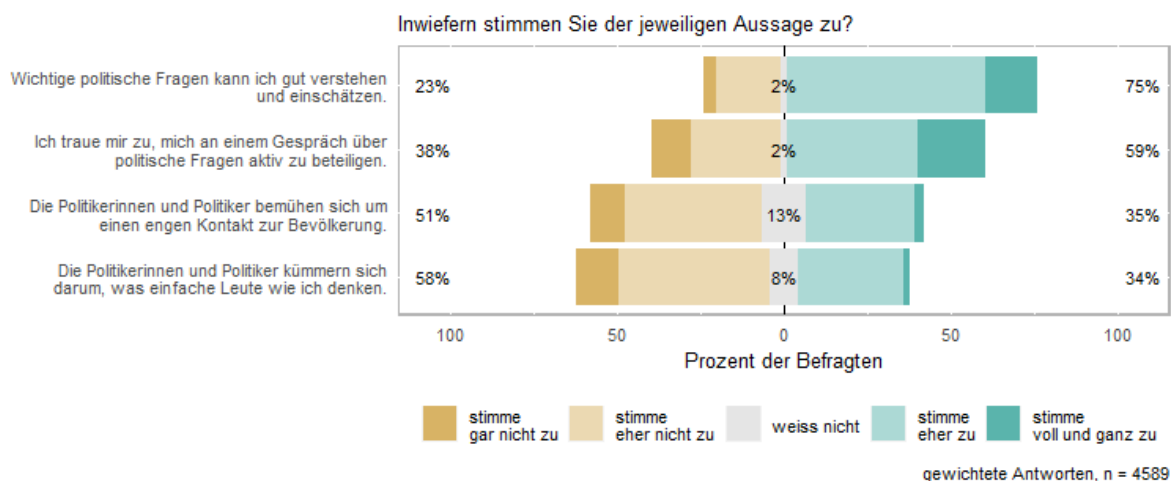
In Bezug auf soziodemografische Kriterien zeigen Männer eine statistisch signifikante geringere Tendenz, diesen Aussagen zuzustimmen, ausser dass sie in Diskussionen weniger naiv oder unwissend erscheinen wollen als die Frauen. Höher Gebildete sind häufiger der Meinung, dass sie ihre politischen Überzeugungen rechtfertigen können, gut mit Konflikten umgehen, aber auch eher mal naiv oder unwissend erscheinen als weniger Gebildete. Dafür nehmen sie es eher persönlich, wenn jemand mit ihren politischen Ansichten nicht einverstanden sind, machen eher, was die Mehrheit für das Beste hält und befürchten, sozial ausgegrenzt zu werden, wenn sie ihre Meinung offen sagen. Hinsichtlich Alter, der Stimmberechtigung und der politischen Orientierung konnten keine statistisch signifikanten Unterschiede festgestellt werden.

Diese Tendenzen bestätigen sich auch bei der Einschätzung der eigenen politischen Wirksamkeit. Politische Wirksamkeit bezieht sich auf die Einschätzung der eigenen Fähigkeit, politische Ereignisse und Prozesse zu verstehen und zu beeinflussen (sog. «political efficacy», vgl. Balch 1974, bzw. Karp & Banducci 2008). Dem zugrunde liegt die Wahrnehmung, dass die eigenen Handlungen und Meinungen im politischen Bereich etwas bewirken können. Die sogenannte «interne Wirksamkeit» bezeichnet hierbei das Gefühl von politischer Kompetenz und dem politischen Verständnis einer Person. Mit Blick auf Abbildung 6 bestätigt sich der Eindruck, dass sich ein Grossteil der Jugendlichen kompetent fühlt, politische Angelegenheiten zu verstehen und sich eine aktive Teilnahme an politischen Diskussionen zutraut. Die Einschätzung der eigenen internen Wirksamkeit hängt hierbei stark mit dem Bildungsniveau zusammen. Höher Ausgebildete fühlen sich eher in der Lage, politische Themen zu verstehen und an Diskussionen teilzunehmen. Auch Männer schätzen ihre eigene Wirksamkeit statistisch signifikant höher ein als Frauen.

Die sogenannte «externe Wirksamkeit» hingegen bezeichnet die Einschätzung der Responsivität des politischen Systems. Sie spiegelt die Überzeugung wider, dass die politischen Institutionen und Verantwortlichen Interessen und Anliegen des Einzelnen berücksichtigen und dass dessen Beteiligung etwas bewirken wird. Eine hohe externe Wirksamkeit spiegelt die

Überzeugung, dass die Politik auf die Bedürfnisse der Bürger:innen eingeht und dass deren Anliegen gehört werden. Dies ist gemäss den Befragten zu wenig der Fall. Nur rund ein Drittel der Befragten ist der Ansicht, dass sich Politiker:innen um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen und dass sie sich darum kümmern, was die Befragten denken. Dies weist auf eine gewisse Abneigung oder Distanz zu den etablierten politischen Akteuren und Institutionen hin. Interessanterweise gibt es hier kaum Unterschiede, ob sich die Befragten politisch als eher rechts, in der Mitte oder eher links verorten. Zu beachten gilt hierbei auch der relativ hohe Anteil an Befragten, die die Fragen zur externen Wirksamkeit mit „weiss nicht“ beantwortet haben. Sprich, ein Anteil von rund 13, bzw. 8 Prozent der Befragten fühlt sich wohl grundsätzlich zu weit weg von Politiker:innen, als dass sie zu dieser Frage eine entsprechende Meinung hätten.

Abbildung 6: Interne und externe Wirksamkeit



Bei der externen Wirksamkeit lassen sich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellen. Jüngere Menschen haben eine höhere externe Wirksamkeit und höher Gebildete zeigen durchs Band eine höhere interne und externe Wirksamkeit. Hinsichtlich der Stimmberechtigung und der politischen Orientierung lässt sich kein Unterschied feststellen.

Infobox Stimmrechtsalter 16?

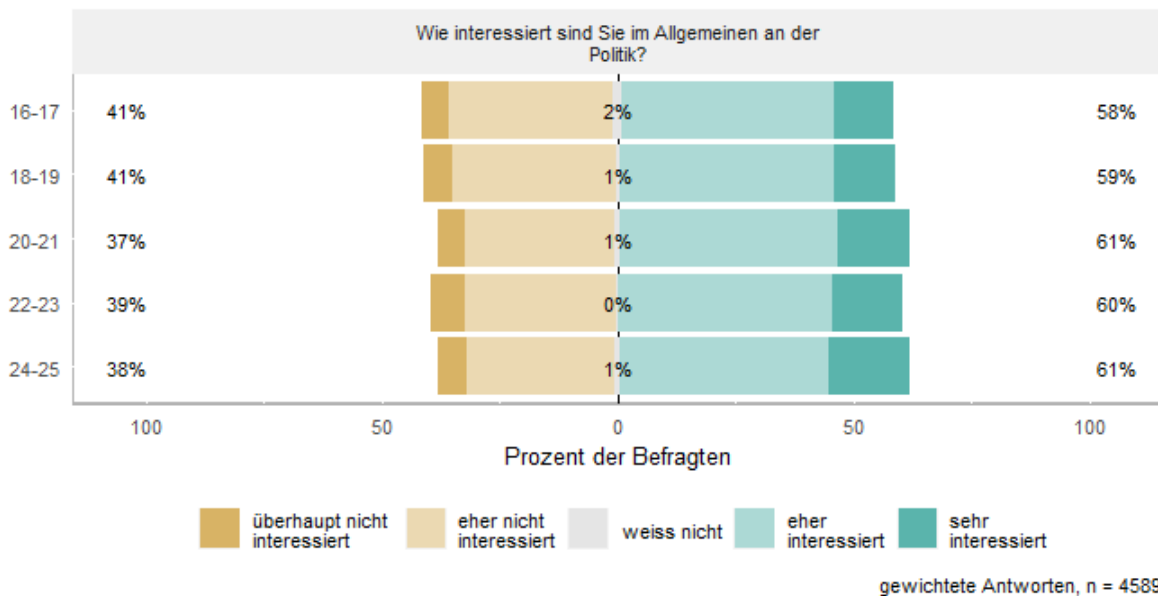
Partizipationsvoraussetzungen der 16- und 17-Jährigen

Seit einigen Jahren wird in der Schweiz über die Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre diskutiert. Eine wichtige Frage in dieser Diskussion betrifft die Partizipationsvoraussetzungen der heute noch nicht stimmberechtigten Jugendlichen. Bisherige Bevölkerungsbefragungen geben dazu jedoch nur wenig Aufschluss, aufgrund zu geringer Fallzahlen in den verschiedenen Jahrgängen der Altersgruppe zwischen 16 und 25 Jahren. Aufgrund der grossen Stichprobe der vorliegenden Befragung ist eine Analyse der

Partizipationsvoraussetzungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterschiedlichen Alters erstmals möglich.

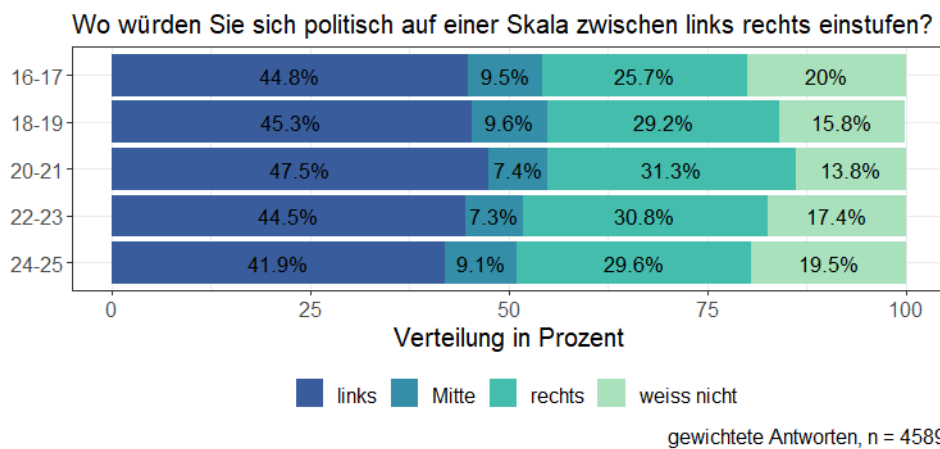
Hinsichtlich des politischen Interesses zeigt sich, dass dieses sehr gleichmässig über unterschiedliche Altersgruppen verteilt ist. 16- und 17-Jährige sind in einem fast identischen Ausmass an Politik interessiert wie 24- und 25-Jährige.

Abbildung 7: Politisches Interesse, nach Alter



Auch die politische Orientierung unterscheidet sich zwischen den Altersgruppen nur minim. Während sich rund 45 Prozent der Befragten 16-17-Jährigen als politisch links und rund 26 Prozent als politisch rechts einstuft, liegen diese Anteile bei den 24-25-Jährigen bei rund 42, respektive 30 Prozent.

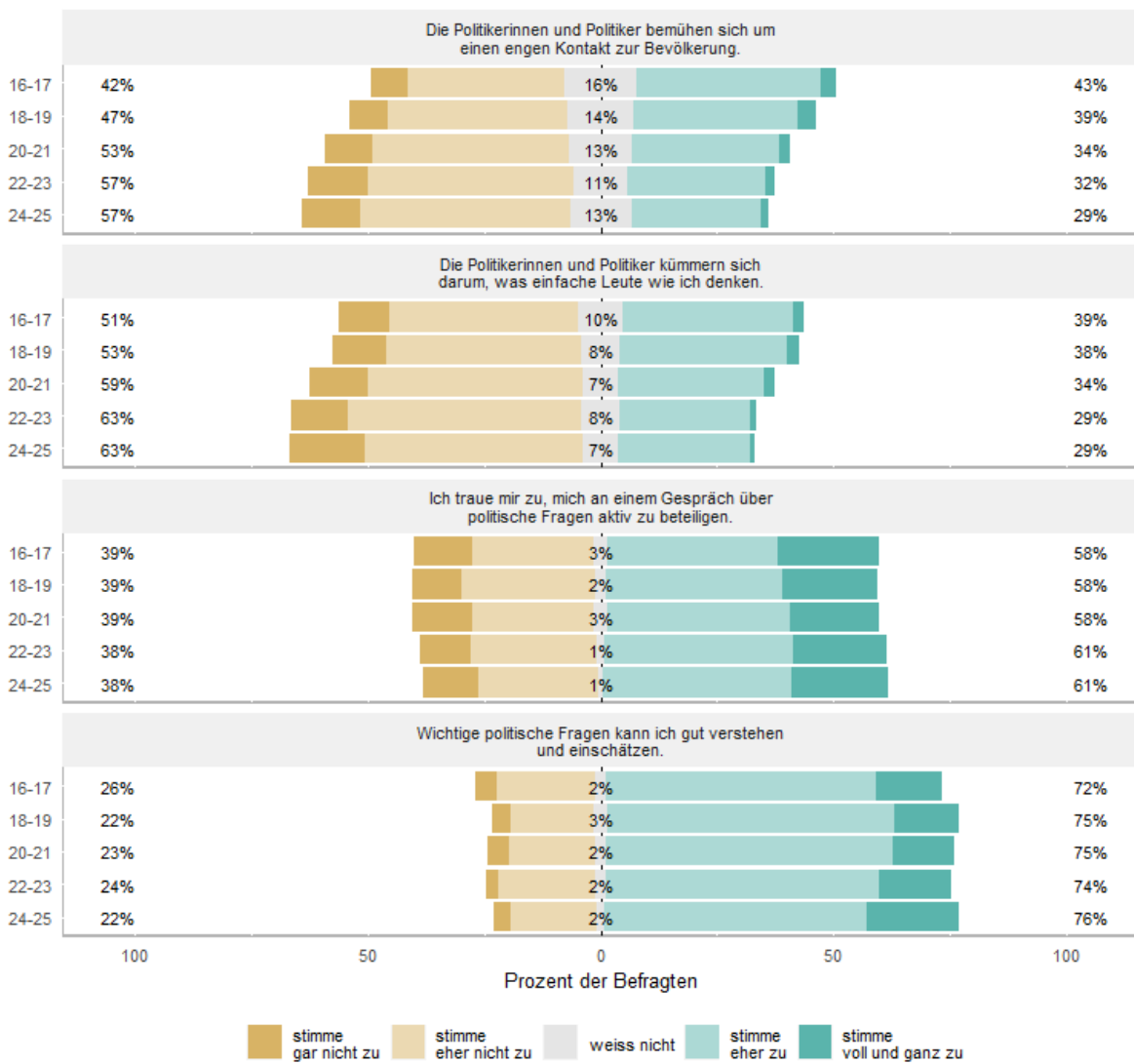
Abbildung 8: Politische Orientierung, nach Alter



Hinsichtlich der internen politischen Wirksamkeit unterscheiden sich die 16-17-Jährigen nicht signifikant von den älteren Jahrgängen (Abbildung 9). Die Anteile derjenigen, die sich zutrauen, an einem Gespräch über politische Fragen teilzunehmen sind in den verschiedenen

Altersgruppen sehr ähnlich verteilt. Auch die Selbsteinschätzung ihres Verständnisses politischer Fragen ist unter den 16- und 17-Jährigen sehr ähnlich wie bei den älteren Befragten. Unterschiede bestehen jedoch hinsichtlich der externen politischen Wirksamkeit. Wie in Abbildung 9 ersichtlich, nimmt die wahrgenommene externe Wirksamkeit mit zunehmendem Alter ab. Während beispielsweise unter den jüngsten Befragten rund 39 Prozent der Überzeugung sind, dass sich die Politiker:innen um ihre Anliegen und Interessen, sind es bei den ältesten Befragten noch rund 29 Prozent. Vermutlich lassen sich diese Unterschiede dadurch erklären, dass mit zunehmendem Alter auch die Sensibilität für komplexe Themen zunimmt und die Befragten das Handeln von Politiker:innen besser einschätzen und kritisch einordnen können. Diese Erklärung bedarf aber vertiefteren Analysen, die im Rahmen des vorliegenden Studienberichts nicht geleistet werden konnten.

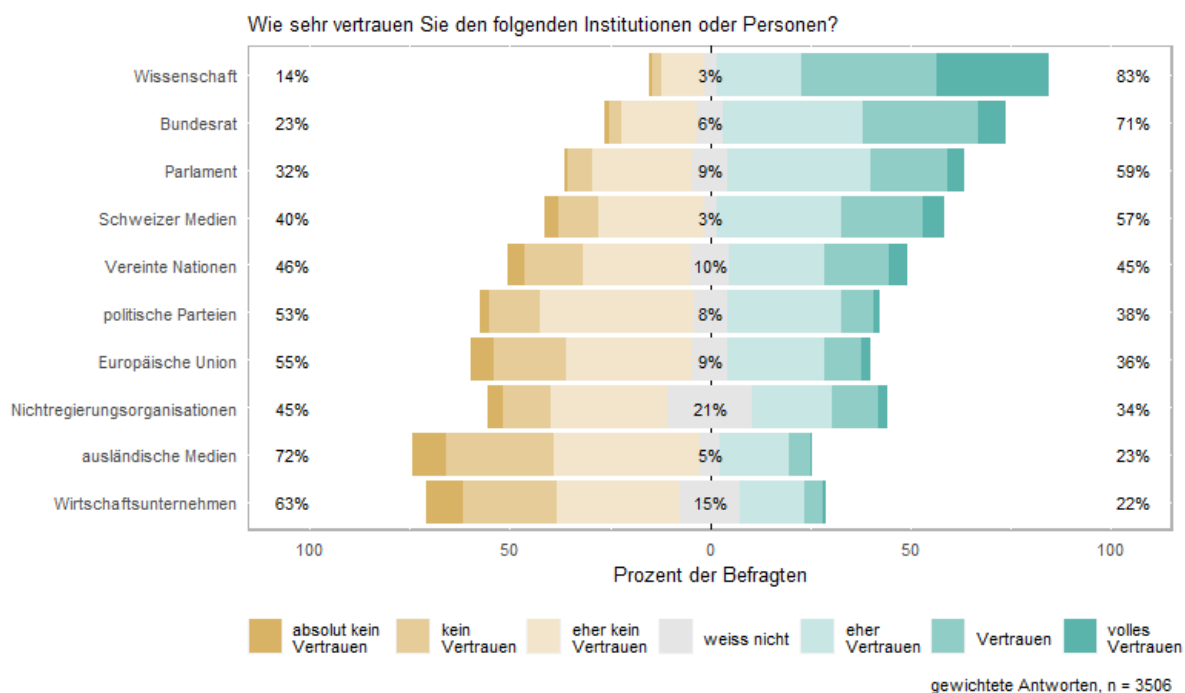
Abbildung 9: Politische Wirksamkeit, nach Alter



3.4 Vertrauen in und Zufriedenheit mit der Demokratie

Wenn Menschen Vertrauen in politische Institutionen wie Regierungen, Parteien oder Behörden haben, sind sie eher geneigt, sich gesellschaftlich zu engagieren. Wenn das Vertrauen jedoch gering ist, kann dies zu einer geringeren Bereitschaft führen, sich zu engagieren. Mit Blick auf das Vertrauen der Befragten in unterschiedliche Institutionen und Organisationen, zeigt sich ein bekanntes Muster (Abbildung 10).

Abbildung 10: Vertrauen in Institutionen



Die Wissenschaft genießt unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen das höchste Vertrauen mit rund 80 Prozent, gefolgt vom Bundesrat, dem zwei Drittel der Befragten vertrauen. Das nationale Parlament genießt mit 59 Prozent ebenfalls das Vertrauen einer Mehrheit der Befragten. Demgegenüber steht ein eher geringes Vertrauen in politische Parteien. Hier fällt auf, dass der Anteil fast identisch ist wie der Anteil der Befragten zur externen Wirksamkeit. Die Analyse bestätigt, dass zwischen den beiden eine starke Korrelation besteht. Je überzeugter die Befragten die externe politische Wirksamkeit einschätzen, desto höher ist auch ihr Vertrauen in politische Parteien. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass mehr als die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen skeptisch sind gegenüber etablierten politischen Parteien und Politiker:innen und ein geringes Vertrauen ihnen gegenüber aufweist.

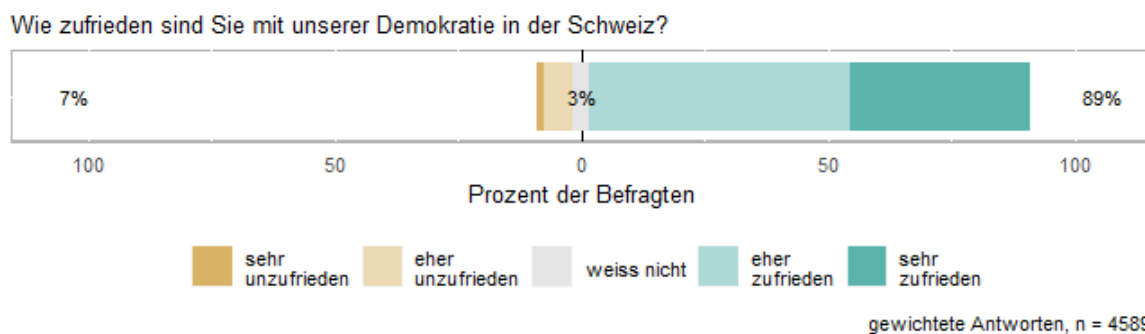
Medien in der Schweiz geniessen unter der Mehrheit der Befragten ein gewisses Vertrauen. Dies im Gegensatz zu ausländischen Medien, denen nur knapp ein Viertel der Befragten vertraut. Die weiteren abgefragten Institutionen geniessen nur von einer Minderheit der Befragten ein gewisses Vertrauen. Am besten schneiden mit 45 Prozent die Vereinten Nationen ab, gefolgt von Nichtregierungsorganisationen und der europäischen Union mit rund 35

Prozent. Wirtschaftsunternehmen bilden zusammen mit den ausländischen Medien das Schlusslicht hinsichtlich des ihnen entgegengebrachten Vertrauens. Wobei auch hier zu beachten ist, dass ein nicht unerheblicher Teil von 21 Prozent (NGOs) und 15 Prozent (Wirtschaftsunternehmen) die Frage mit „weiss nicht“ beantwortet hat. Dies deuten wir so, als dass beides Überkategorien sind, die für eine Vielzahl an Organisationen oder Unternehmen stehen und nicht weiter spezifiziert wurden. Je nachdem, welche Assoziationen die Begriffe bei den Befragten hervorgerufen haben, unterscheidet sich das Vertrauen in ebenjene Akteure oder es fiel ihnen schwer, dazu eine allgemeine Einschätzung abzugeben.

Generell ist das Vertrauen der Männer grösser als jenes der Frauen. So vertrauen Männer dem Bundesrat, dem Parlament, den Medien und der Wissenschaft stärker. Ebenfalls ist das Vertrauen der höher Gebildeten durchs Band stärker als jenes der weniger Gebildeten. Bei den Stimmberechtigten zeigt sich ein interessantes Bild: Diese vertrauen dem Bundesrat, den Parteien und den Nichtregierungsorganisationen mehr und der EU, der UN, den ausländischen Medien und den Wirtschaftsunternehmen weniger als die Nicht-Stimmberechtigten. In Bezug auf die politische Orientierung zeigt sich, dass rechts orientierte Befragte der EU, der UN, den Nichtregierungsorganisationen, den Medien und der Wissenschaft weniger vertrauen als links orientierte Personen. Dafür ist das Vertrauen in die Wirtschaftsunternehmen auf dem rechten politischen Spektrum grösser. Beim Alter lässt sich kein Unterschied feststellen.

Die Auswertung zeigt, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen den politischen Institutionen wie dem Bundesrat und dem Parlament ein grosses Grundvertrauen gegenüberbringen. Dies ist bereits ein wichtiger Indikator für die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie. Wie nachfolgende Abbildung 11 zeigt, ist eine eindruckliche Mehrheit von 89 Prozent der Befragten mit der Demokratie in der Schweiz eher oder sehr zufrieden. Lediglich 1.3 Prozent sind überhaupt nicht zufrieden, respektive 6.1 Prozent eher nicht zufrieden mit der Demokratie in der Schweiz. Generell sind Männer, jüngere, besser Gebildete und stimmberechtigte Befragte zufriedener mit der Demokratie als Frauen, ältere, weniger Gebildete und nicht-Stimmberechtigte Befragte.

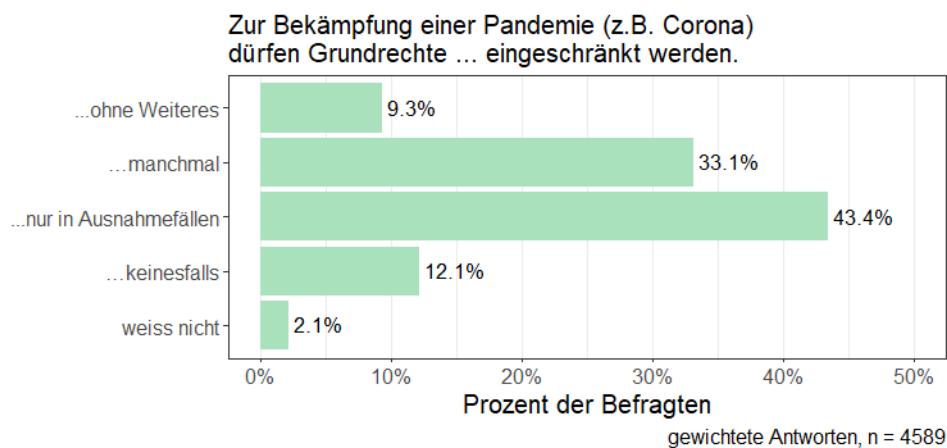
Abbildung 11: Zufriedenheit mit Demokratie



Insgesamt stellen diese Zahlen der Schweizer Demokratie ein sehr gutes Zeugnis aus und bestätigen die generell hohe Zufriedenheit mit der Demokratie in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern (Foa et al. 2020). Nichtsdestotrotz gibt es in der Schweiz auch immer wieder

Herausforderungen für die Demokratie. Eine der mit Abstand grössten Prüfungen der demokratischen Verfahren in der Schweiz war zweifellos die Corona-Pandemie. Im Umgang damit stellten sich viele demokratische Grundsatzfragen. Eine davon war, inwiefern zur Bekämpfung der Corona-Pandemie demokratische Grundrechte (wie z.B. die Versammlungsfreiheit) eingeschränkt werden dürfen. Wir stellten diese Fragen den Jugendlichen und jungen Erwachsenen in unserer Umfrage und erhielten gemischte Antworten dazu (Abbildung 12).

Abbildung 12: Einschränkung von Grundrechten



Eine knappe Mehrheit von 55.5 Prozent der Befragten ist der Meinung aus, dass Grundrechte keinesfalls oder nur in Ausnahmefällen eingeschränkt werden dürfen. Demgegenüber sind 42 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Grundrechte zur Bekämpfung einer Pandemie manchmal oder ohne weiteres eingeschränkt werden dürfen. Männer befürworten Grundrechtseinschränkungen mehr als Frauen. Ältere weniger als Junge, höher Gebildete mehr als weniger Gebildete. Politisch rechts orientierte Personen befürworten Grundrechtseinschränkungen weniger als links orientierte. Generell sind die Befragten somit geteilter Meinung hinsichtlich des adäquaten Vorgehens im Spannungsfeld zwischen Grundrechtsschutz und Gesundheitsschutz im Kontext der Corona-Pandemie.

3.5 Demokratieeinstellungen

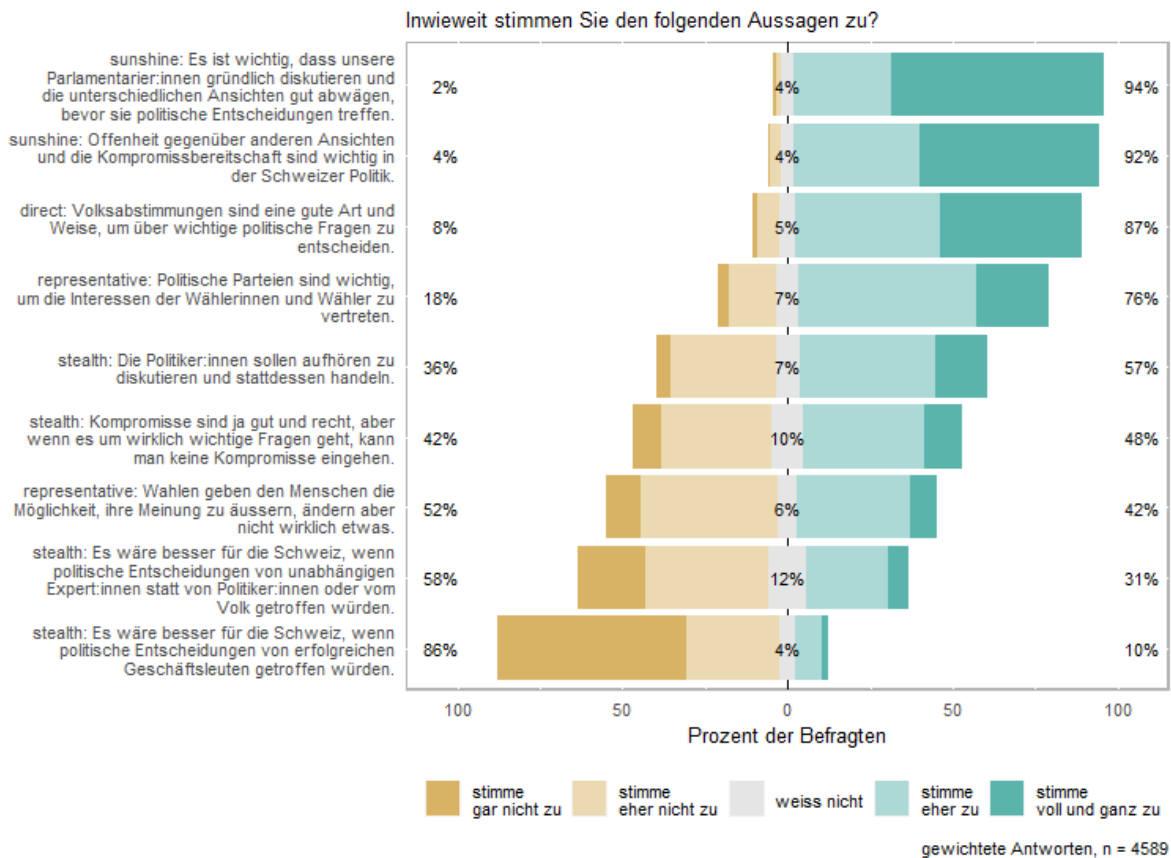
Nebst diesen individuellen Partizipationsvoraussetzungen interessieren uns die Einstellungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu unterschiedlichen Demokratieverständnissen. Hierfür fragten wir sie nach ihrer Meinung zu Aussagen über verschiedene Aspekte von Demokratie mittels etablierter Messitems. Wie die Resultate in

Abbildung 13 zeigen, stossen positiv formulierte Aussagen zu Demokratie und politischer Partizipation (sog. «Sunshine Democracy»-Aussagen, vgl. Neblo et al. 2010) überwiegend auf Zustimmung. Über 90 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Politiker:innen politische Entscheidungen gründlich diskutieren und verschiedene Ansichten miteinander abwägen sollen. Ausserdem erachten sie die Kompromissbereitschaft und Offenheit gegenüber anderen Ansichten als wichtig für die Schweizer Politik.

Der Gegenpol zur *sunshine democracy* ist die sogenannte *stealth democracy* (auf dt. Tarnkappen-Demokratie), ein vielbeachtetes demokratietheoretisches Konzept von Hibbing & Theiss-Morse (2002). Dieses Konzept basiert auf der Idee, dass viele Bürger:innen der Politik gegenüber apathisch sind, wenig politisches Interesse haben und sich nicht direkt an politischen Entscheidungen beteiligen möchten. Vielmehr halten sich die Bürger:innen von der Politik fern und übertragen die politische Entscheidungskompetenzen an andere Institutionen oder Akteure, beispielsweise an politische Parteien oder Expert:innen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind bezüglich Einstellungen zu *stealth democracy* gespalten. Eine Mehrheit der Befragten (57%) stimmt der Aussage zu, dass Politiker:innen aufhören sollten, zu diskutieren, und stattdessen handeln. Rund 48 Prozent sind der Meinung, dass bei wirklich wichtigen Fragen keine Kompromisse eingegangen werden können. Beide Aussagen können als Ausdruck einer Unzufriedenheit mit dem demokratischen Entscheidungsprozess gedeutet werden. Stealth-items, die eher auf technokratische Einstellungen hinweisen, schneiden indes deutlich schlechter ab bei den Befragten. Immerhin sind rund 31 Prozent der Befragten der Ansicht, dass politische Entscheidungen besser von unabhängigen Expert:innen getroffen würden, als von gewählten Politiker:innen. Erfolgreiche Geschäftsleute an der Spitze von politischen Entscheidungen können sich hingegen lediglich 10 Prozent der Befragten vorstellen.

Des Weiteren zeigen die Auswertungen, dass eine deutliche Zustimmung zu *direktdemokratischen* Instrumenten vorherrscht. Rund 87 Prozent erachten Volksabstimmungen als ein geeignetes Verfahren, politische Entscheidungen zu treffen. Auch Merkmale einer *repräsentativen* Demokratie stossen bei den Befragten auf Zustimmung. Rund drei Viertel erachten politische Parteien als wichtig, um die Interessen der Wähler:innen zu vertreten. Demgegenüber ist eine Mehrheit von 52 Prozent der Ansicht, dass Wahlen den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Meinung zu äussern und dadurch auch tatsächlich einen Unterschied machen können.

Abbildung 13: Demokratieeinstellungen



Mit Blick auf statistisch signifikante Zusammenhänge zeigt sich, dass Männer und eher rechts eingestellte Personen den Aussagen zur *sunshine democracy* signifikant weniger zustimmen. Personen mit höherer Ausbildung stimmen den Aussagen zur direkten Demokratie und *stealth democracy* signifikant weniger zu, während sie jenen Aussagen zur repräsentativen und der *sunshine democracy* stärker zustimmen. Schweizer:innen, Personen mit hohem politischen Interesse und Vertrauen in politische Parteien stimmen den Aussagen zur *stealth democracy* signifikant weniger zu.

4. Politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Nachfolgend steht die politische Beteiligung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vordergrund. Hierfür klären wir zuerst, was mit dem Begriff gemeint ist und welche Partizipationsformen im Rahmen dieser Studie betrachtet wurden. Anschliessend zeigen wir auf, wie Jugendliche und junge Erwachsene in der Schweiz politisch partizipieren. Darauf basierend bilden wir sogenannte Partizipations-Typen, um ein besseres Verständnis über das Partizipationsverhalten der Befragten zu gewinnen.

4.1 Was beinhaltet politische Beteiligung?

Politik kann definiert werden als «jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen [...] in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt» (Patzelt 2013). Demnach bezieht sich politische Beteiligung auf die aktive Beteiligung von Bürger:innen an politischen Prozessen, Entscheidungsfindungen und dem demokratischen Leben einer Gesellschaft. Sie bezeichnet die Möglichkeit und den Willen der Bürger:innen, Einfluss auf politische Angelegenheiten zu nehmen, ihre Meinungen zu äussern, politische Entscheidungen mitzugestalten und Verantwortung in politischen Institutionen zu übernehmen. Politische Beteiligung kann auf verschiedenen Ebenen stattfinden, von der Gemeinde bis hin zur nationalen oder internationalen Ebene. Sie kann verschiedene Formen annehmen, wie beispielsweise die Teilnahme an Wahlen, Abstimmungen oder politischen Demonstrationen, das Verfassen von Petitionen oder das Mitwirken in politischen Parteien. In der vorliegenden Studie bedienen wir uns entsprechend einem weiten Partizipationsbegriff, der nebst klassischen Beteiligungsmöglichkeiten auch weniger institutionalisierte Formen miteinschliesst.

Klassischerweise wird politische Beteiligung als Tätigkeit definiert, die dazu bestimmt ist, das Regierungshandeln (d.h. die Ausarbeitung von Gesetzen, der Beschluss von Regelungen und Massnahmen sowie öffentliche Budgets) direkt in Volksabstimmungen bzw. indirekt via Wahlen zu beeinflussen (Verba et al., 1995). Neben der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen gehören diesem Partizipationsverständnis auch weitere, klassische Formen der Beteiligung an, wie zum Beispiel die aktive Mitarbeit in einer politischen Partei oder das Sammeln von Unterschriften für ein Referendum oder eine Initiative. All diese Beteiligungsformen zeichnen sich dadurch aus, dass sie rechtlich formalisiert sind und im institutionellen Bereich der Politik stattfinden. Deshalb werden diese Beteiligungsformen auch als *institutionalisierte Beteiligung* bezeichnet (Kaase & Marsh 1979).

Darüber hinaus umfasst politische Beteiligung noch weitere Tätigkeiten. Im Unterschied zu institutionellen Beteiligungsformen finden nicht-institutionalisierte unter offenen Rahmen- und Durchführungsbedingungen statt (Kaase 1997: 161; Theocharis & van Deth 2018). Im Gegensatz zur Teilnahme an Wahlen oder Abstimmungen sind solche nicht-institutionellen

Beteiligungsformen nicht zeitlich festgeschrieben. Das Repertoire an solchen Beteiligungsformen ist in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen und umfasst nebst Protestaktivitäten unter anderem auch Freiwilligenaktivitäten in Nichtregierungsorganisationen oder Interessensgruppen, digital gestützte Partizipation oder die politische Einflussnahme durch sogenannten «politischen Konsum», d.h. das bewusste Kaufen oder Nicht-Kaufen von bestimmten Produkten und Marken aus politischen oder ethischen Gründen (Micheletti 2003; Gundelach 2020).

Um dieses Repertoire an unkonventionellen Beteiligungsformen stärker voneinander zu unterscheiden, führen wir basierend auf Milic et al. (2023) eine Unterscheidung zwischen demonstrativ-kollektiven Beteiligungsformen und individuell-expressiven Beteiligungsformen ein. Die Unterscheidung gründet auf der Überlegung, dass bestimmte politischen Aktivitäten gemeinsam mit anderen organisiert und koordiniert werden müssen, während andere Aktivitäten, wie beispielsweise politischer Konsum oder Aktivitäten in den sozialen Medien in der Regel keine solchen Vorbereitungen bedürfen (Van Deth 2016: 172).

Tabelle 2: Typologie der politischen Partizipationsformen

Typ	Partizipationsformen
Institutionelle Partizipation	Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen; Politiker:innen kontaktieren; für ein politisches Amt kandidieren; eine Volksinitiative oder ein Referendum unterschreiben; Unterschriften für eine Volksinitiative oder ein Referendum sammeln; an einem Jugendparlament oder einer Jugendsession teilnehmen;
Individuelle-expressive Partizipation	Politische Geschichten oder Artikel in sozialen Medien posten oder teilen, damit andere sie lesen können; in sozialen Medien Kommentare zu politischen oder sozialen Themen verfassen; eine Petition unterschreiben; bestimmte Produkte aus politischen oder ethischen Gründen boykottieren oder bewusst kaufen; Geld an politische Parteien oder Nichtregierungsorganisationen spenden
Demonstrativ-kollektive Partizipation	Teilnahme an Demonstration; Teilnahme an politischen Protestaktionen, Gruppen oder Organisationen aus anderen Ländern treffen und gemeinsam politische Aktionen planen, Interessensgruppen / Nichtregierungsorganisationen / Schüler- oder Studentenorganisationen unterstützen.

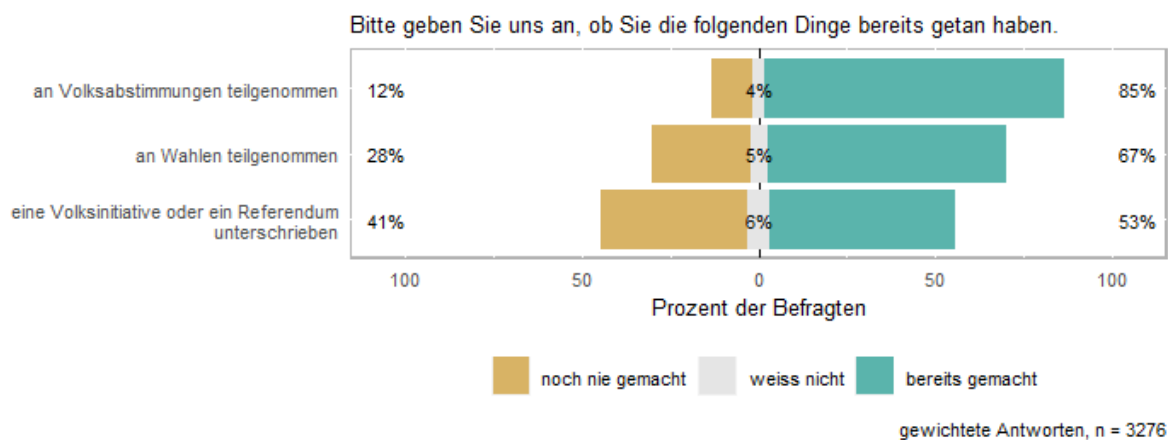
4.2 Partizipationspraxis

Nachfolgend betrachten wir die Teilnahme der Befragten an den verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten. Abgefragt wurde jeweils, ob sie die entsprechende Beteiligungsmöglichkeit bereits genutzt haben oder nicht.

4.2.1 Institutionelle Partizipation

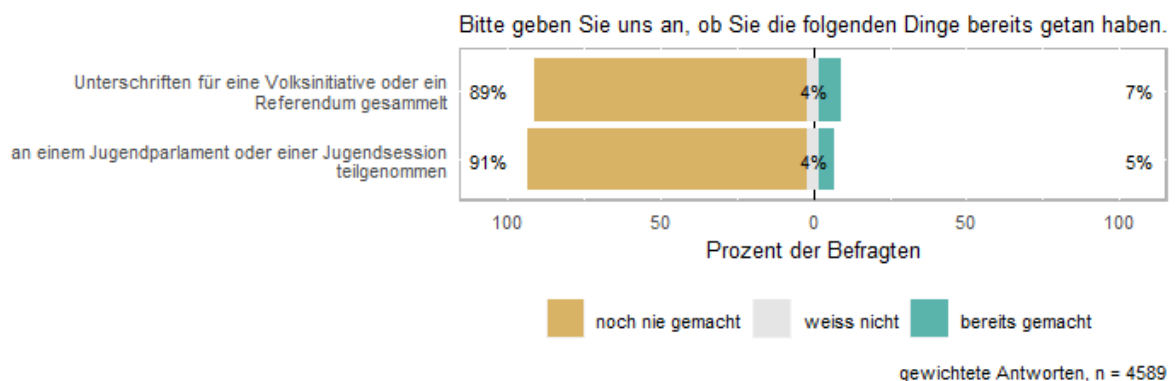
Institutionalisierte Beteiligungsmöglichkeiten wie die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen gelten gemeinhin als voraussetzungsarme Formen der Beteiligung. Der Aufwand, den Stimm- oder Wahlzettel zu Hause auszufüllen und auf die Post zu bringen, ist im Vergleich zu anderen Formen überschaubar. Gemäss unserer Befragung haben 85 Prozent der Stimmberechtigten bereits mindestens einmal an Abstimmungen und 67 Prozent mindestens einmal an Wahlen teilgenommen. 53 Prozent der Stimmberechtigten geben ausserdem an, bereits eine Initiative oder ein Referendum unterschrieben zu haben.

Abbildung 14: Nutzung von institutionellen Beteiligungsformen, nur Stimmberechtigte



Selber Unterschriften gesammelt haben jedoch erst die wenigsten der Befragten, nämlich rund neun Prozent. Des weiteren geben fünf Prozent der Befragten an, bereits an einem Jugendparlament oder einer Jugendsession teilgenommen zu haben.

Abbildung 15: Nutzung von weiteren Beteiligungsformen, alle Befragten

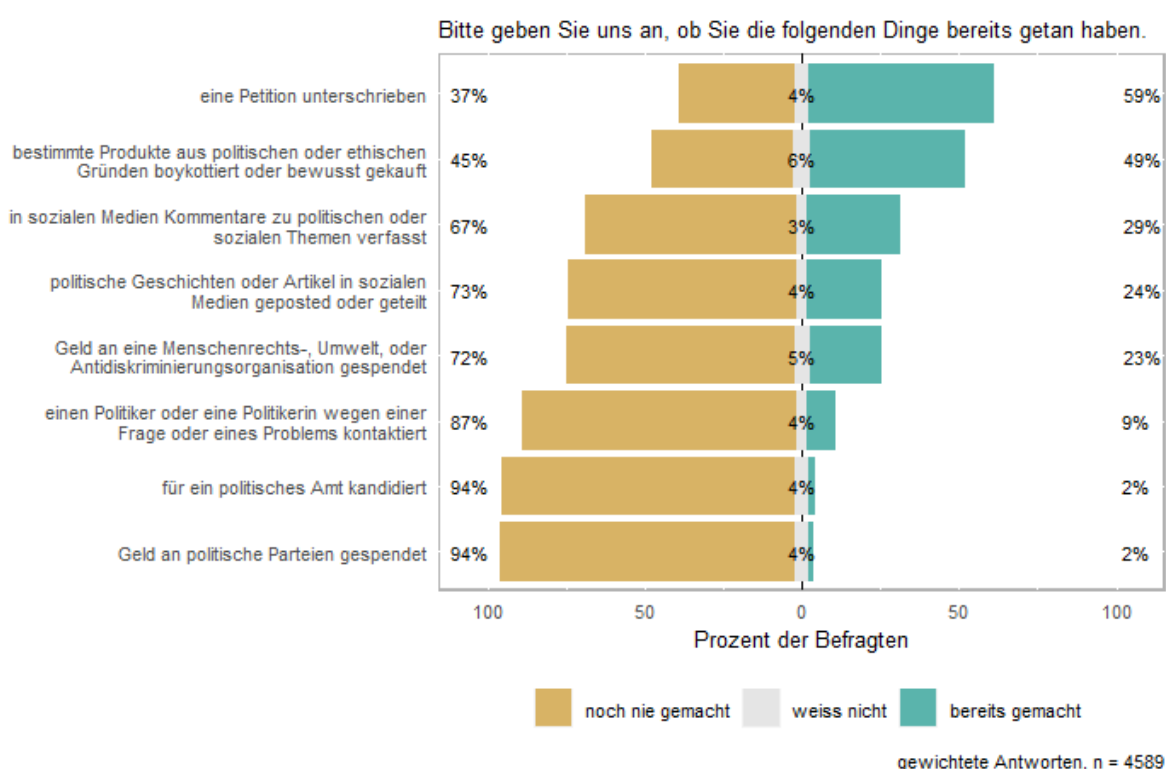


4.2.2 Individuell-expressive Partizipation

Eine Petition unterschreiben, ebenfalls eine voraussetzungsarme Form der Beteiligung, haben rund 59 Prozent der Befragten bereits gemacht. Knapp die Hälfte der Befragten (49%) gibt an, bestimmte Produkte bereits aus politischen oder ethischen Gründen boykottiert oder bewusst gekauft zu haben. Der politische Konsum ist somit ebenfalls eine verbreitete

Beteiligungsform unter den Befragten. Digitale Möglichkeiten, der eigenen politischen Stimme Ausdruck zu verleihen oder um auf politische und soziale Themen aufmerksam zu machen, werden indes von gut einem Viertel der Befragten wahrgenommen, sei dies durch das Posten oder Teilen von politischen Inhalten (24%) oder durch das Verfassen eigener Kommentare zu politischen oder sozialen Themen (30%). Knapp ein Viertel (23%) gibt an, Geld an eine Organisation gespendet zu haben, die sich für Menschenrechte, Umweltschutz oder Antidiskriminierung einsetzt. An politische Parteien hingegen haben bereits zwei Prozent der Befragten gespendet. Ebenso viele geben an, für ein politisches Amt kandidiert zu haben. Kontakt zu gewählten Politiker:innen haben indes nur neun Prozent gesucht.

Abbildung 16: Nutzung von individuell-expressiven Beteiligungsformen, alle Befragten



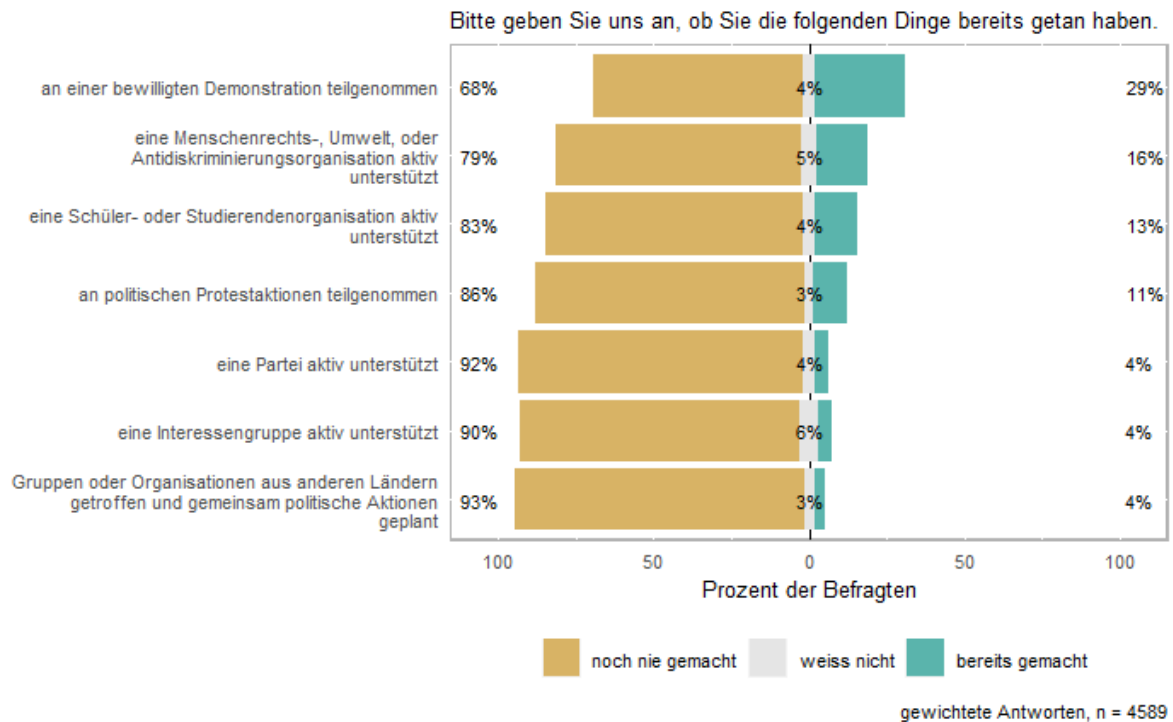
4.2.3 Demonstrativ-kollektive Partizipation

Auch voraussetzungsreichere Beteiligungsformen werden von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen genutzt, wenn auch nicht im selben Ausmass wie die institutionellen Beteiligungsformen (Abbildung 17). Knapp ein Drittel (29%) gibt an, bereits an einer bewilligten Demonstration teilgenommen zu haben. An politischen Protestaktionen, wie beispielsweise der Besetzung von Häusern oder Strassenblockaden sind es noch 11 Prozent der Befragten. Jugendliche und junge Erwachsene, die sich als politisch links einstufen, nehmen diese beiden Beteiligungsformen indes mehr als doppelt so häufig wahr als solche, die sich in der politischen Mitte oder rechts einstufen.

Die aktive Unterstützung, d.h. die Teilnahme an Veranstaltungen/Aktivitäten oder ein ehrenamtliches Engagement in einer entsprechenden Organisation, variiert zudem stark zwischen verschiedenen Organisationen. Während Menschenrechts-, Umwelt- oder

Antidiskriminierungsorganisationen mit rund 16 Prozent der Befragten am stärksten aktiv unterstützt werden, ist das Engagement in politischen Parteien oder Interessensgruppen mit 4 Prozent tiefer. Stärker ist hierbei noch das Engagement in Schüler- oder Studierendenorganisationen, in denen 13 Prozent der Befragten aktiv sind. 4 Prozent der Befragten gibt an, sich bereits grenzüberschreitend koordiniert und mit Gruppen oder Organisationen im Ausland getroffen zu haben, um gemeinsam politische Aktionen zu planen.

Abbildung 17: Nutzung von demonstrativ-kollektiven Beteiligungsformen, alle Befragten



4.3 Partizipationstypen

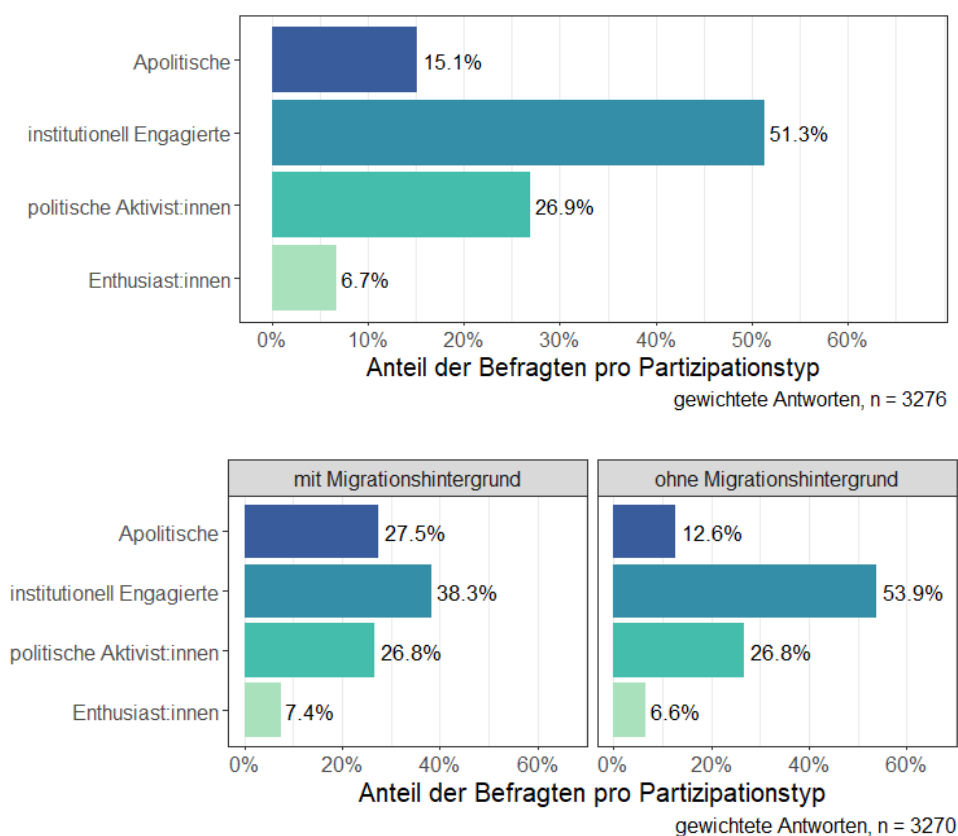
Nach diesem Einblick in die Nutzung von verschiedenen Beteiligungsformen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen gehen wir einen Schritt weiter. Uns interessiert an dieser Stelle, inwiefern sich das Verhalten der Befragten untereinander unterscheidet und ob es Gruppen von Jugendlichen gibt, die sich auf ähnliche Weise politisch beteiligen. Es ist davon auszugehen, dass die Beteiligungsformen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterschiedlich genutzt werden. Um unterschiedliche Partizipationstypen zu identifizieren, führen wir eine sogenannte *Latent Class Analysis* durch. Diese Methode dient der Klassifikation von Individuen in Subgruppen, d.h. die Befragten werden anhand von ähnlichem Partizipations-Verhalten verschiedenen Gruppen zugeordnet. Dieses probabilistische Verfahren ermöglicht es, Subgruppen zu bilden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich auf ähnliche Art und Weise beteiligen. Die Analyse wurde auf der Grundlage der 20 Partizipations-Items durchgeführt. Da gewisse Beteiligungsformen nur den Stimmberechtigten offenstehen (bspw. Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, für ein politisches Amt

kandidieren etc.), führen wir diese Analyse gesondert durch, einmal für die Stimmberechtigten und einmal für die Nicht-Stimmberechtigten. Zu den Stimmberechtigten zählen alle befragten volljährigen Personen mit Schweizer Pass. Die Nicht-Stimmberechtigten umfassen minderjährigen Schweizer:innen und Ausländer:innen sowie volljährige Befragte ohne Schweizer Pass. Die Analyse weist bei den Stimmberechtigten auf vier unterschiedliche Partizipationstypen hin, bei den Nicht-Stimmberechtigten auf deren drei. Um zu eruieren, welche Faktoren die Zugehörigkeit zu einem Partizipationstyp erklären können, werden logistische Regressionen durchgeführt.

4.3.1 In der Schweiz stimm- und wahlberechtigte Jugendliche und junge Erwachsene

Gemäss der Analyse können unter den stimmberechtigten Personen vier Partizipationstypen unterschieden werden.

Abbildung 18: Anteil Partizipationstypen in Prozent (Stimmberechtigte)



Insgesamt lassen sich rund 15 Prozent der befragten Stimmberechtigten als **apolitisch** bezeichnen. Auffallend ist, dass sich unter den Befragten mit Migrationshintergrund (27.5%) mehr als doppelt so viele Apolitische befinden wie bei jenen ohne Migrationshintergrund (12.6%).⁸

⁸ Den Migrationshintergrund der Befragten ermitteln wir gemäss der Typologie des Bundesamtes für Statistik (<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/nach-migrationsstatuts.html>) anhand des Geburtsorts, der Staatsangehörigkeit und dem Geburtsort der Eltern der

Diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen halten sich weitgehend fern von politischen Prozessen und beteiligen sich selten bis nie. Sie suchen weder den Kontakt zu gewählten Politiker:innen, noch bringen sie sich in politischen Parteien ein. An Wahlen haben lediglich fünf Prozent der Apolitischen bereits einmal teilgenommen, an einer Abstimmung immerhin jede fünfte Person. Ab und zu unterzeichnen sie eine Petition (36%) oder eine Volksinitiative/Referendum (18%). 18 Prozent in dieser Gruppe geben an, einmal an einer Demonstration dabei gewesen zu sein. Am ehesten beteiligen sie sich an individuell-expressiven Beteiligungsformen: 23 Prozent sagen, sie hätten bereits bestimmte Produkte aus politischen oder ethischen Gründen boykottiert oder bewusst gekauft. Gut zehn Prozent haben ihre politischen Ansichten bereits über die sozialen Medien kundgetan.

Die zweite und zugleich zahlenmässig grösste Gruppe bezeichnen wir als die **institutionell-Engagierten**. Die institutionell Engagierten beteiligen sich hauptsächlich an den klassischen, institutionalisierten Beteiligungsformen. 81 Prozent von ihnen geben an, bereits an Wahlen teilgenommen zu haben. 99 Prozent haben an mindestens einer Abstimmung teilgenommen, knapp die Hälfte (44%) eine Initiative oder ein Referendum unterschrieben, knapp zwei Drittel eine Petition (64%). Es scheint, als nehmen die institutionell-Engagierten die Teilnahme an klassisch, institutionalisierten Beteiligungsformen als eine Art Bürger:innenpflicht wahr, die es zu erfüllen gilt. Von weiteren Beteiligungsmöglichkeiten halten sie sich jedoch weitgehend fern. Sie engagieren sich nicht in Nichtregierungsorganisationen oder Interessensgruppen und unterstützen nicht aktiv eine politische Partei. Auch mit Meinungsäusserungen in den sozialen Medien halten sich die institutionell-Engagierten mehrheitlich zurück. In unserer Stichprobe zählen rund 51 Prozent der Befragten zu dieser Gruppe, wobei auch hier ein beträchtlicher Unterschied ausgemacht werden kann zwischen Befragten mit und solchen ohne Migrationshintergrund. Während rund 54 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund zu den institutionell Engagierten gehören, sind es bei jenen mit Migrationshintergrund lediglich rund 38 Prozent.

Die dritte Gruppe bezeichnen wir als die **politischen Aktivist:innen**. Ihr Anteil macht rund 27 Prozent der Befragten in unserer Stichprobe aus. Sie haben fast alle bereits mindestens einmal von den klassischen, institutionalisierten Formen wie der Teilnahme an Wahlen (72%) und Abstimmungen (93%) Gebrauch gemacht. Auch das Unterschreiben von Petitionen (96%) oder Initiativen/Referenden (80%) wurde von fast allen bereits mindestens einmal genutzt. Darüber hinaus halten sie sich eher auf Distanz zu den gewählten Politiker:innen oder den politischen Parteien und nutzen stattdessen individuelle und kollektive Beteiligungsformen für ihre Anliegen: Sie nehmen aktiv an Demonstrationen (73%) und politischen Protestaktionen

Befragten. Dies ermöglicht die Einteilung der Befragten in solche ohne Migrationshintergrund (n = 3'267), Befragte mit Migrationshintergrund der 1. Generation (n = 584) und Befragte mit Migrationshintergrund der 2. Generation (n = 728). Für die Analysen verwendeten wir eine dichotome Variable (Befragte mit bzw. ohne Migrationshintergrund).

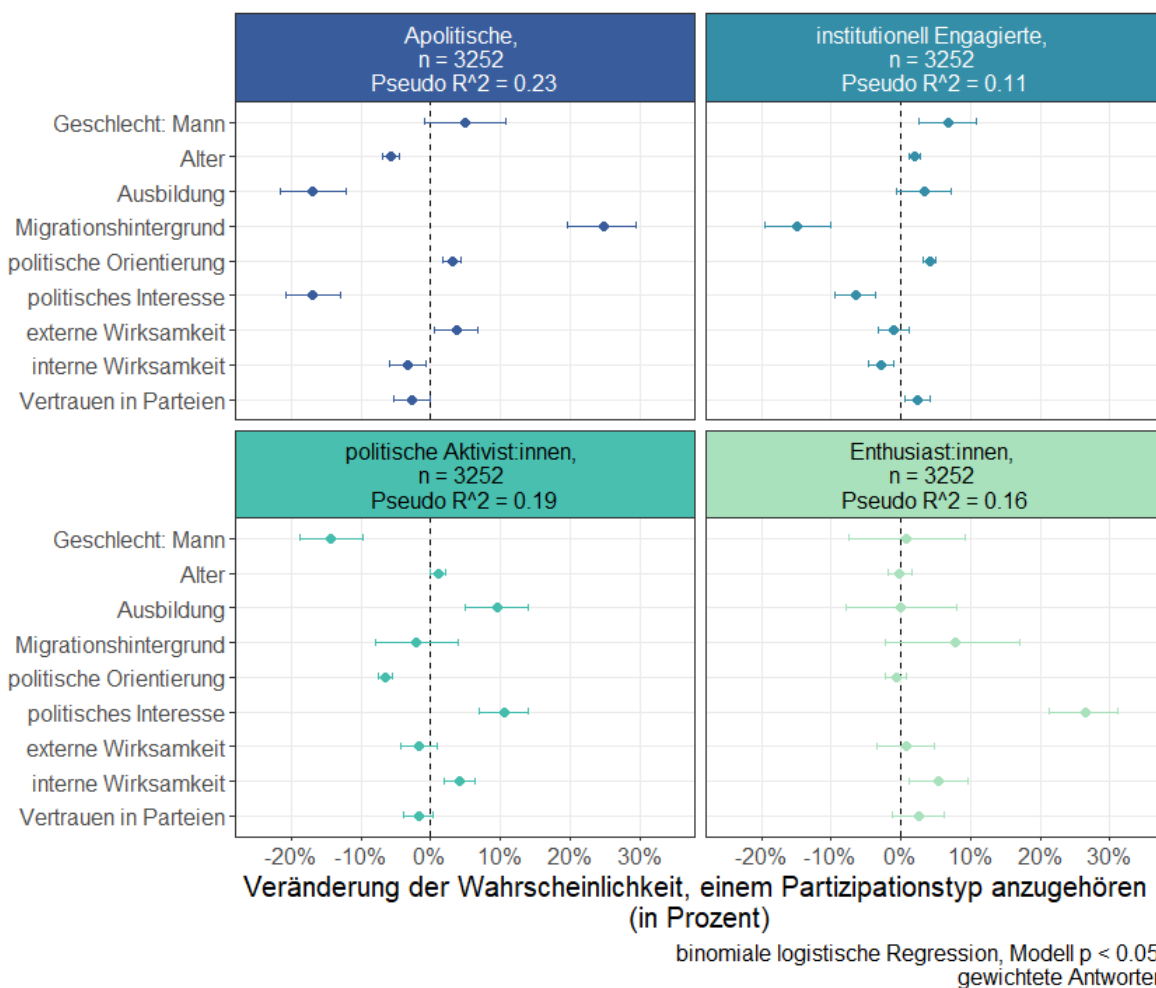
(27%) teil, greifen stark auf den politischen Konsum als Ausdruck ihrer politischen Haltung zurück (85%) und verfassen proaktiv Meinungsbeiträge auf den sozialen Medien (58%). Rund ein Drittel ist in einer Organisation engagiert, die sich für die Themen Menschenrechte, Umwelt oder Antidiskriminierung einsetzt.

Die vierte Gruppe bezeichnen wir als die **Politik-Enthusiast:innen**. Diese Gruppe an Jugendlichen und jungen Erwachsenen nutzen fast alle Beteiligungsmöglichkeiten am häufigsten. Die Teilnahme an institutionellen Beteiligungsformen ist sehr hoch, sei dies bei der Teilnahme an Wahlen (76%), der Teilnahme an Abstimmungen (90%) oder beim Unterschreiben von Initiativen/Referenden (81%) oder beim Sammeln von Unterschriften (35%). Auch die überwiegende Mehrheit derjenigen, die bereits an einer Jugendsession oder Jugendparlament teilgenommen haben, gehört der Gruppe der Politik-Enthusiast:innen an. Darüber hinaus machen sie häufig Gebrauch von kollektiv-demonstrativen Beteiligungsformen. Rund 60 Prozent hat bereits an einer bewilligten Demonstration teilgenommen, 28 Prozent an politischen Protestaktionen. Rund jede vierte Person gibt an, sich bereits mit Gleichgesinnten aus anderen Ländern getroffen zu haben, um politische Aktionen zu planen. Auch bei den individuell-expressiven Beteiligungsformen sind die Politik-Enthusiast:innen Spitzenreiter: Über zwei Drittel ist aktiv in den sozialen Medien mit dem Verfassen von eigenen politischen Beiträgen oder mit dem Posten und Teilen von politischen Artikeln. Zudem sind es hauptsächlich die Politik-Enthusiast:innen, die den Kontakt zu den gewählten Politiker:innen suchen und sich in politischen Parteien einbringen. Rund 44 Prozent engagieren sich freiwillig in einer Partei oder nehmen regelmässig an Veranstaltungen von politischen Parteien teil. 18 Prozent geben ab, bereits Geld für eine Partei gespendet zu haben und 36 Prozent haben bereits für ein politisches Amt kandidiert. Die Politik-Enthusiast:innen machen rund sieben Prozent der Befragten aus.

Abbildung 19: Politische Aktivitäten nach Partizipationstypen (Stimmberechtigte)



Die weiterführenden Analysen in Abbildung 20 zeigen indes ein interessantes Bild darüber, welche Jugendliche und junge Erwachsene eher zu welchem Partizipationstyp gehören. Auf der x-Achse ist jeweils pro Erklärungsfaktor die Veränderung der Wahrscheinlichkeit ersichtlich, einem bestimmten Partizipationstyp anzugehören. Wenn das Konfidenzintervall die Linie bei 0% überschneidet, so ist ein Erklärungsfaktor auf dem 95% Konfidenzniveau statistisch nicht signifikant. So korreliert zum Beispiel das Geschlecht nicht mit der Wahrscheinlichkeit, zu den Apolitischen zu gehören. Andererseits hängt zum Beispiel das Ausbildungsniveau statistisch signifikant mit der Wahrscheinlichkeit zusammen, zu den Apolitischen zu gehören: Eine Person mit mittlerem Ausbildungsniveau mit ansonsten den gleichen Merkmalen hat gegenüber einer Person mit tiefem Ausbildungsniveau eine um rund 20% verringerte Wahrscheinlichkeit, zu den Apolitischen zu gehören.

Abbildung 20: Zugehörigkeit zu Partizipationstypen (Stimmberechtigte)

So zeigen die Resultate der Regressionsanalyse, dass sich Männer stärker institutionell engagieren als Frauen. Diese wiederum gehören signifikant häufiger zur Gruppe der politischen Aktivist:innen als die Männer. Bezüglich des Alters zeigt sich unter den Stimmberechtigten, dass die jüngeren noch stärker apolitisch sind als die älteren. Dies ist sicherlich der politischen Sozialisation geschuldet, die erst mit zunehmendem Alter einsetzt. Die älteren Jahrgänge aus unserem Sample sind indes auch stärker institutionell engagiert als die Jüngeren. Interessanterweise gibt es bei den politischen Aktivist:innen und bei den Enthusiast:innen keinen signifikanten Unterschied zwischen den Alterskohorten. Zwar sind die ganz jungen Stimmberechtigten noch stärker apolitisch als die älteren Stimmberechtigten in unserer Stichprobe. Ob jedoch nebst institutionellen Teilhabemöglichkeiten wie Wahlen und Abstimmungen weitere Beteiligungsmöglichkeiten genutzt werden, hängt indes nicht mit dem Alter zusammen.

Mit Blick auf den Ausbildungsstand zeigt sich, dass sich Befragte mit eher tiefem Ausbildungsstand viel weniger oft beteiligen und stärker zu den Apolitischen gehören. Befragte mit höherem Ausbildungsstand gehören derweil signifikant häufiger zu den politischen Aktivist:innen.

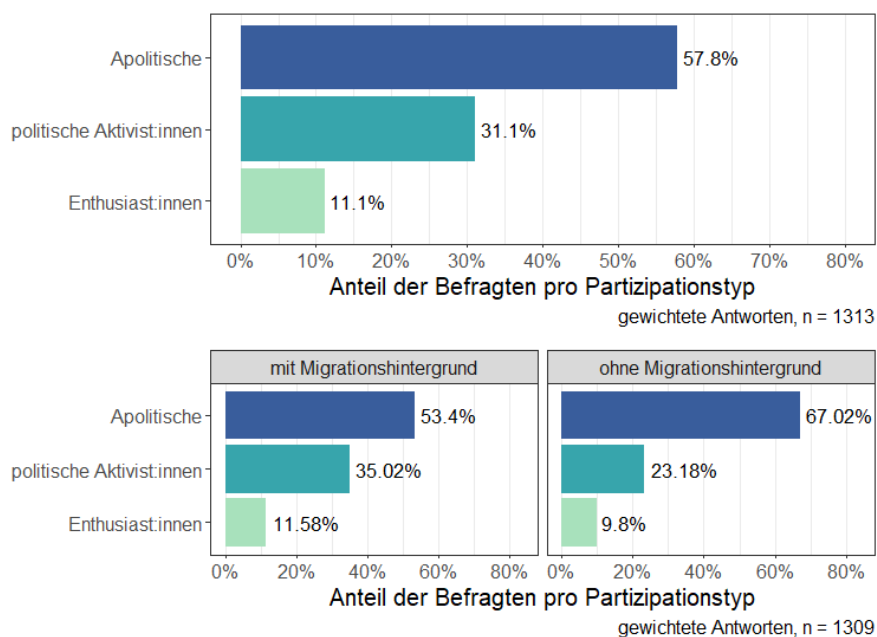
Der Umstand, ob eine Person einen Migrationshintergrund aufweist, spielt ebenfalls eine Rolle bei der Typenzugehörigkeit, und zwar mit Blick auf die institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten. Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund sind stärker apolitisch unterwegs und beteiligen sich signifikant weniger ausschliesslich institutionell. Für die Zugehörigkeit zu den politisch Aktiven oder den Enthusiast:innen weist der Migrationshintergrund wiederum keine Erklärungskraft auf.

Auch die politische Orientierung spielt eine Rolle für die Typenzugehörigkeit. Während die eher rechts eingestellten Befragten sich weniger stark beteiligen (Apolitische), bzw. sich stärker institutionell beteiligen, nutzen die eher progressiv eingestellten Befragten ein grösseres Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten. Einzig unter den Politik-Enthusiast:innen, und somit bei den politisch aktivsten Jugendlichen und jungen Erwachsenen spielt die politische Orientierung keine Rolle: unter ihnen finden sich sowohl rechts wie auch links orientierte Befragte.

Den stärksten Effekt weist indes das politische Interesse auf. Je grösser das politische Interesse, desto mehr Beteiligungsmöglichkeiten werden von den Befragten genutzt. Interessanterweise gehören diejenigen, die sich politisch nicht interessieren, nicht ausschliesslich zu den Apolitischen, die sich am liebsten gänzlich von der Politik fernhalten. Wer politisch nicht interessiert ist, nimmt trotzdem teilweise an Wahlen und Abstimmungen teil. Dies stützt die Annahme, dass die institutionell Engagierten die politische (institutionelle) Teilhabe als Bürger:innenpflicht ansehen, die es zu erledigen gilt. Wer über die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen hinaus aktiv ist, tut dies jedoch nicht ohne ein hohes Mass an politischem Interesse sowie ein gewisses Mass an Überzeugung über die eigene politische Wirksamkeit. Wer hingegen darauf vertraut, dass sich die gewählten Politiker:innen um die Interessen der Befragten kümmern, sieht weniger Notwendigkeit, sich selbst zu engagieren und hält sich folglich stärker fern von politischen Angelegenheiten.

4.3.2 In der Schweiz nicht stimm- und wahlberechtigte Jugendliche und junge Erwachsene

Auch die Nicht-Stimmberechtigten können in verschiedene Partizipationstypen eingeteilt werden, wobei die Gruppe der institutionell-Engagierten bei den Nicht-Stimmberechtigten wegfällt.

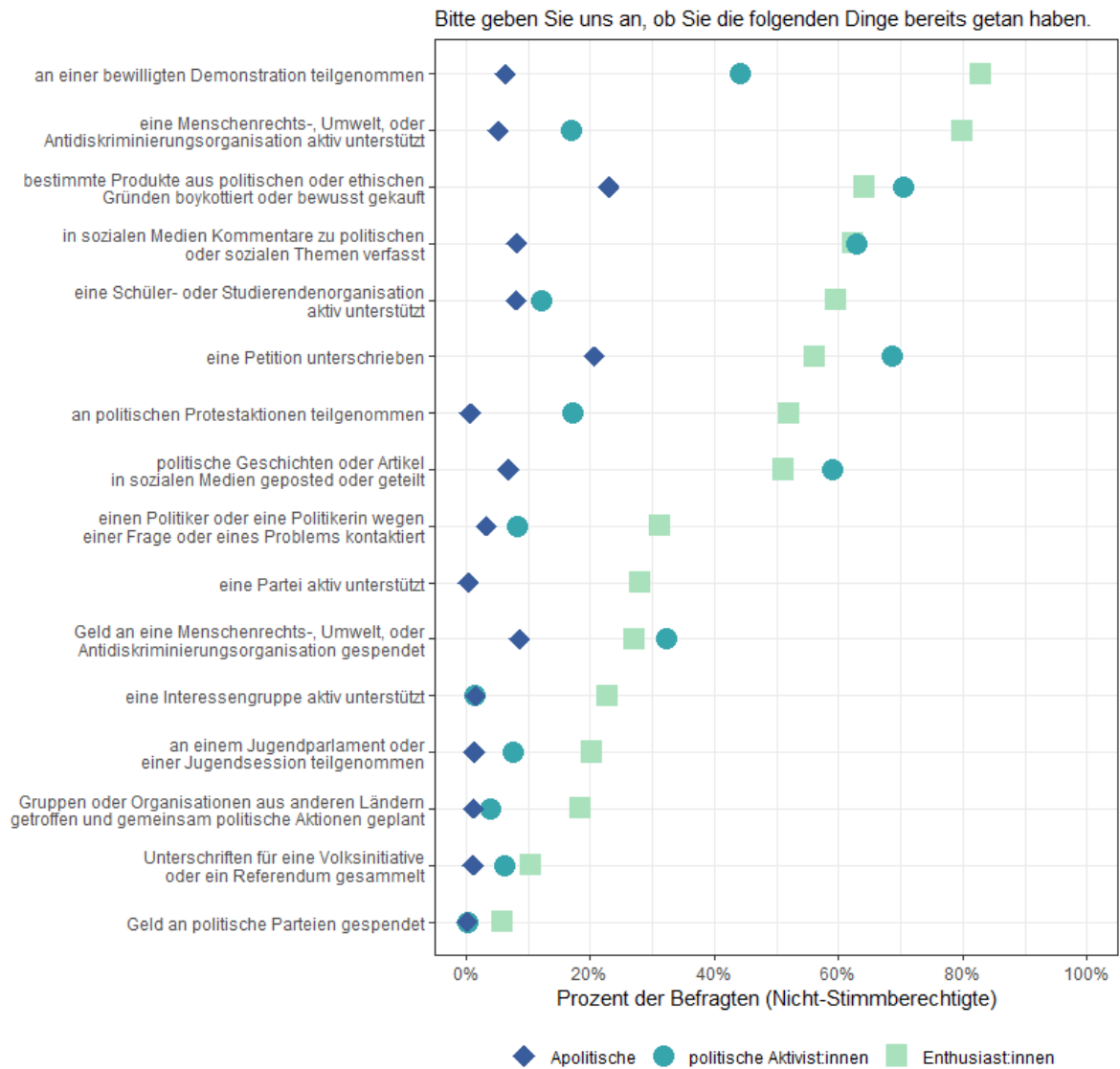
Abbildung 21: Anteil Partizipationstypen in Prozent (Nicht-Stimmberechtigte)

Wie unter den Stimmberechtigten gibt es auch unter den Nicht-Stimmberechtigten **apolitische** Jugendliche. Diese machen rund 58 Prozent der Nicht-stimmberechtigten Personen aus und stellen somit die grösste Gruppe unter den Nicht-Stimmberechtigten dar. Diese Gruppe engagiert sich kaum politisch. Rund jede fünfte Person in dieser Gruppe gibt an, bereits einmal eine Petition unterschrieben zu haben, ebenso viele haben bereits politisch konsumiert. Darüber hinaus haben vereinzelte bereits einmal an einer Demonstration teilgenommen (6%), Kommentare in sozialen Medien verfasst (8%) oder politische Geschichten/Artikel gepostet oder geteilt (7%). In Bezug auf den Migrationshintergrund fällt auf, dass die nicht-Stimmberechtigten Befragten mit Migrationshintergrund eher den politischen Aktivist:innen und weniger den Apolitischen angehören als die Befragten ohne Migrationshintergrund. Da unter den Befragten ohne Migrationshintergrund fast ausschliesslich 16-17-jährige Schweizer:innen vertreten sind, können wir davon ausgehen, dass sich ein Grossteil dieser Jugendlichen mindestens institutionell engagieren wird, sobald sie das Stimmrechtsalter erhalten haben.

Zur zweiten Gruppe gehören, analog zu den Stimmberechtigten, die **politischen Aktivist:innen**. Sie nehmen hauptsächlich an kollektiv-demonstrativen Beteiligungsformen teil und bringen ihre Anliegen über nicht-institutionalisierte Kanäle ein – letztlich auch deshalb, weil ihnen die Teilnahme an konventionellen Beteiligungsformen verwehrt ist. Rund 44 Prozent von ihnen haben bereits an Demonstrationen teilgenommen, 17 Prozent an politischen Protestaktionen. Über zwei Drittel (70%) geben an, politisch konsumiert oder eine Petition unterschrieben (69%) zu haben. Daneben sind die politischen Aktivist:innen auch in den sozialen Medien aktiv. Rund 60 Prozent haben bereits eigene Kommentare in sozialen Medien verfasst (63%) oder politische Artikel gepostet oder geteilt (59%).

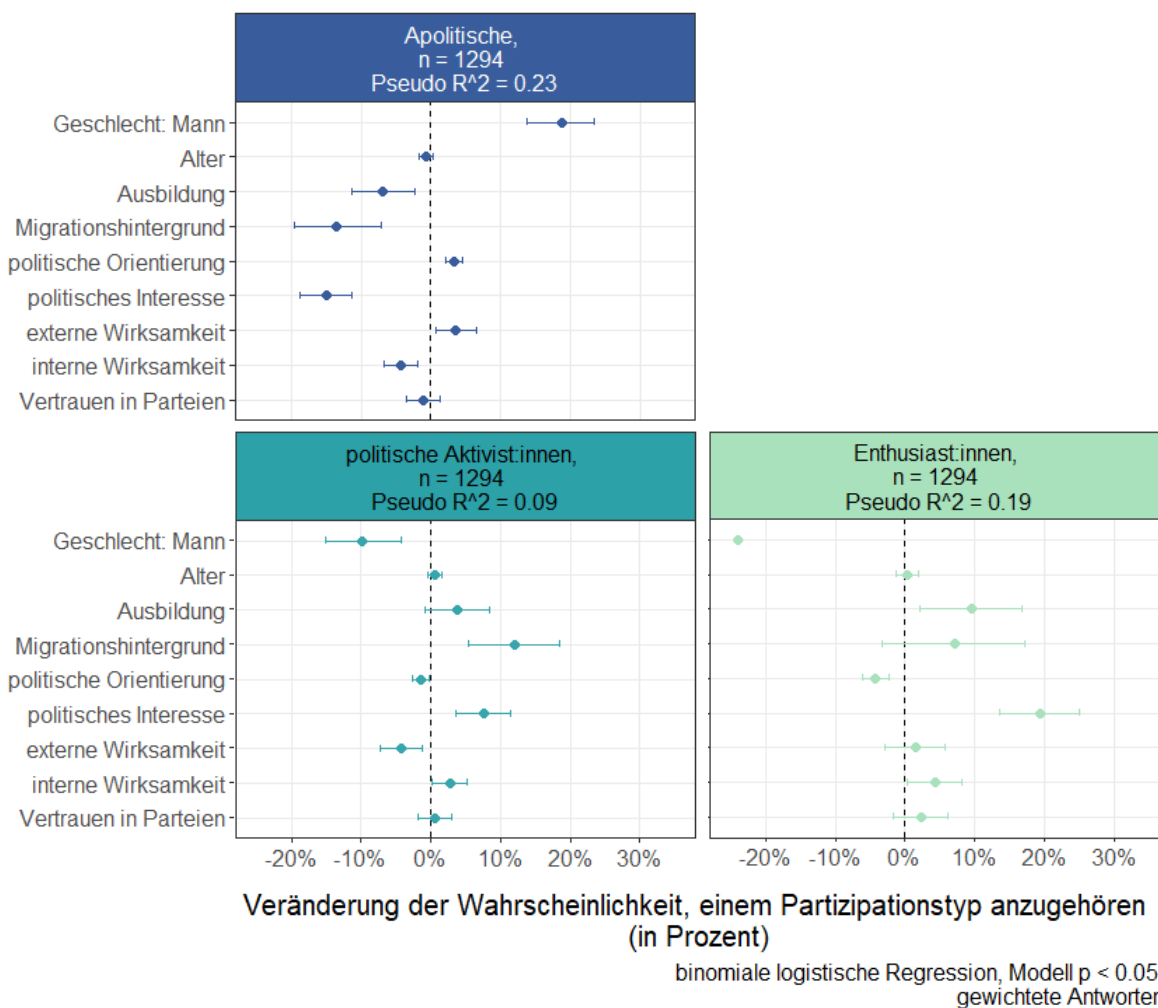
Zur dritten Gruppe zählen die **Politik-Enthusiast:innen**. Sie nutzen das gesamte Spektrum an Beteiligungsformen, um sich politisch einzubringen. Sei dies durch die Teilnahme an einer Jugendsession oder einem Jugendparlament (20%), das Unterschreiben von Petitionen (56%), die Teilnahme an bewilligten Demonstrationen (83%) und politischen Protestaktionen (52%) oder mittels politischen Konsums (64%). Rund 18 Prozent dieser Jugendlichen und jungen Erwachsenen geben auch an, sich bereits mit Gruppen oder Organisationen aus anderen Ländern getroffen zu haben, um gemeinsame politische Aktionen zu planen. Die Politik-Enthusiast:innen nutzen überdurchschnittlich oft parteipolitische Beteiligungsformen. Rund 28 Prozent haben bereits an Veranstaltungen und Aktivitäten von politischen Parteien teilgenommen, 31 Prozent standen bereits in Kontakt mit Politiker:innen und 6 Prozent geben an, bereits Geld an eine politische Partei gespendet zu haben. Fast ebenso viele (17%) engagieren sich darüber hinaus auch freiwillig in einer politischen Partei. So engagiert diese Gruppe auch ist, der Anteil der Politik-Enthusiast:innen unter den nicht-stimmberechtigten Befragten beträgt gemäss unserem Sample rund 11 Prozent.

Abbildung 22: Politische Aktivitäten nach Partizipationstypen (Nicht-Stimmberechtigte)



gewichtete Antworten, n = 1313

Auch bei den Nicht-Stimmberechtigten lohnt sich ein vertiefter Blick zur Erklärung der Typen-Zugehörigkeit.

Abbildung 23: Zugehörigkeit zu Partizipationstypen (Nicht-Stimmberechtigte)

Unter den Nicht-Stimmberechtigten spielt das Geschlecht eine viel stärkere Rolle für die Typenzugehörigkeit. Während Männer viel stärker apolitisch unterwegs sind, sind Frauen signifikant politisch aktiver und gehören auch stärker zu den Politik-Enthusiast:innen. Höher Gebildete sind indes signifikant stärker unter den Enthusiast:innen vertreten als Personen mit einer tieferen Ausbildung. Letztere halten sich stärker fern von politischen Prozessen.

Hinsichtlich des Migrationshintergrunds zeigt sich unter den Nicht-Stimmberechtigten ein anderes Bild im Vergleich zu den Stimmberechtigten. Unter den Nicht-Stimmberechtigten gehören diejenigen mit Schweizer Pass stärker zu den Apolitischen, während solche ohne Schweizer Pass stärker zu den politisch Aktiven gehören und entsprechend die ihnen gebotenen Möglichkeiten zur politischen Partizipation stärker nutzen.

Zudem scheint die politische Orientierung auf die Typenzugehörigkeit eine Rolle zu spielen: Während eher rechts eingestellte Personen häufiger apolitisch sind, sind eher links eingestellte häufiger sehr aktiv. Die eigene Wirksamkeitsempfindung, das Vertrauen in politische Parteien sowie das Alter spielen für die Nicht-Stimmberechtigten hingegen eine untergeordnete Rolle zur Erklärung der Typenzugehörigkeit.

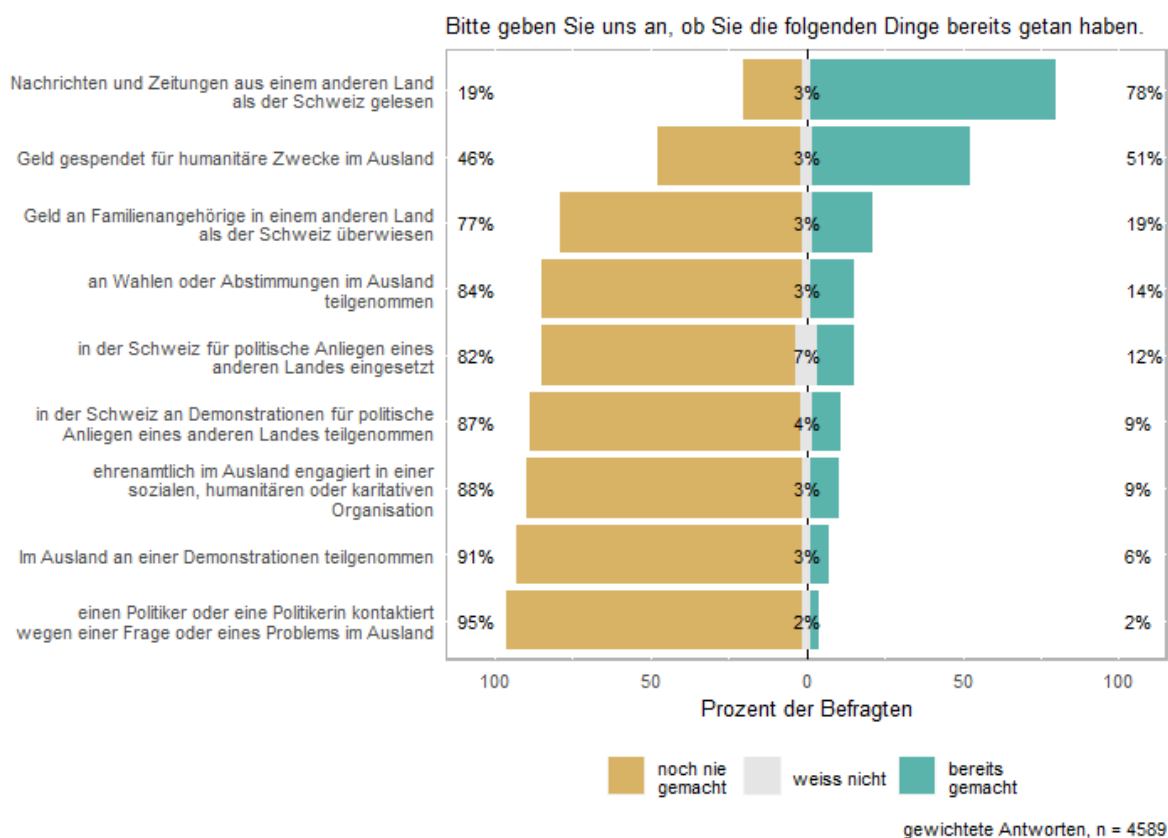
4.4 Transnationale Beteiligung

Politische Beteiligung beschränkt sich nicht auf nationalstaatliche Grenzen, sondern kann auch transnational stattfinden. In einer zunehmend vernetzten Welt können politische Anliegen anderer Länder in der Schweiz vertreten werden oder man kann sich in anderen Ländern politisch einbringen. Zur Frage, ob und in welchem Ausmass Jugendliche und junge Erwachsene in der Schweiz sich transnational engagieren, gibt es wenig empirische Erkenntnisse. Um einen Eindruck davon zu gewinnen, haben wir in der Erhebung gezielt danach gefragt, ob sich die Befragten bereits an transnationalen Aktivitäten beteiligt haben. Darunter verstehen wir grenzüberschreitende Aktivitäten wirtschaftlicher, politischer oder soziokultureller Natur (Bauböck 2003; Snel et al. 2006).

Die drei am häufigsten genannten Aktivitäten betreffen indes keine klassischen politischen Beteiligungsmöglichkeiten (Abbildung 24). Mehr als drei Viertel der Befragten gibt an, bereits Nachrichten und Zeitungen aus einem anderen Land gelesen zu haben. Rund die Hälfte der Befragten gibt indes an, bereits Geld für humanitäre Zwecke im Ausland gespendet zu haben. Einer von fünf Befragten hat bereits Geld an Familienangehörige im Ausland überwiesen.

Darüber hinaus ist der Anteil der Befragten, die sich bereits transnational entweder konventionellen oder unkonventionellen Partizipationsformen bedienen, eher gering. Wobei auch hier die Teilnahme an Wahlen oder Abstimmungen, also die klassische Form institutioneller Beteiligung, mit rund 14% der Befragten am häufigsten wahrgenommen wurde. Jugendliche und junge Erwachsene, die nur eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen, haben indes bereits häufiger an Wahlen im Ausland teilgenommen (35%) als solche, die nebst der Schweizerischen eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen (21%). 13 Prozent der Befragten gibt an, sich bereits in der Schweiz für politische Anliegen aus einem anderen Land eingesetzt zu haben, 10 Prozent hat bereits an Demonstrationen für politische Anliegen aus einem anderen Land in der Schweiz teilgenommen. Weniger als 10% der Befragten sagen aus, sich bereits im Ausland in einer sozialen, humanitären oder karitativen Organisation engagiert, an einer Demonstration im Ausland teilgenommen oder eine:n Politiker:in wegen eines Anliegens im Ausland kontaktiert zu haben.

Abbildung 24: Nutzung von transnationalen Beteiligungsformen

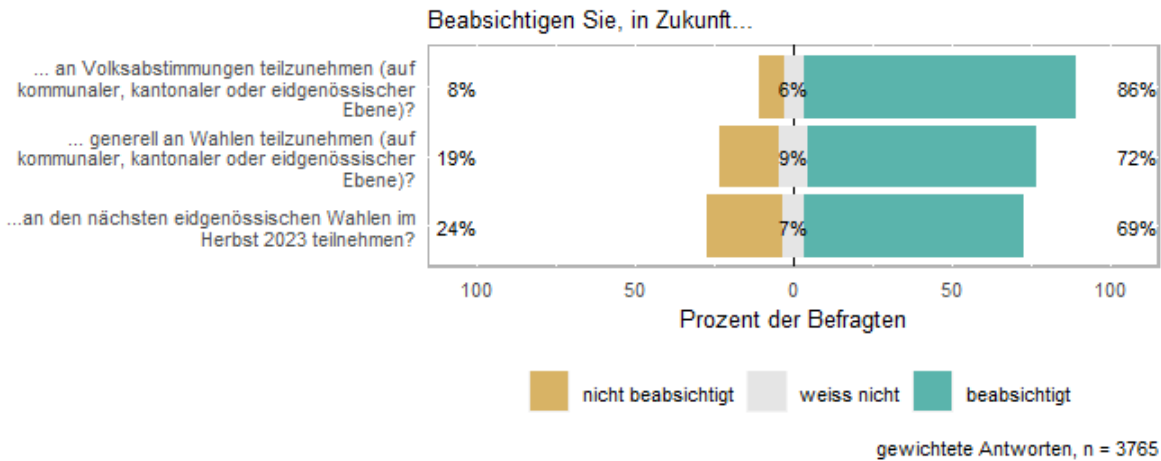


4.5 Zukünftiger Partizipationswille

Mit Blick auf die politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist nicht nur das bisherige Partizipationsverhalten von Interesse und Bedeutung. Ebenso wichtig zu verstehen ist es, welche Beteiligungsformen die Befragten in Zukunft nutzen möchten. Von besonderem Interesse ist hierbei, zu verstehen, von welchen Faktoren die Motivation zur Teilnahme an unterschiedlichen Partizipationsformen abhängt. Diese Frage ist vor allem im Hinblick auf den Zukunftsrat U24 von Bedeutung. Kann der Zukunftsrat U24 und generell das Format Bürger:innenrat andere Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ansprechen und zur Teilnahme am politischen Prozess motivieren, als dies institutionalisierte Partizipationsformen vermögen? Um dieser Frage nachzugehen, untersuchen wir die Teilnahmebereitschaft der Befragten an vier unterschiedlichen Partizipationsformen. Zum einen an zwei institutionellen demokratischen Partizipationsformen, nämlich der zukünftigen Teilnahme an Wahlen und der Teilnahme an Abstimmungen. Zum anderen an zwei spezifischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche und jungen Erwachsenen: An einem Jugendparlament oder einer Jugendsession, d.h. an einer etablierten und breit abgestützten Mitwirkungsmöglichkeit in der Schweiz. Und am Zukunftsrat U24, einem innovativen und schweizweit ersten Bürger:innenrat für Jugendliche und junge Erwachsene, der im Herbst 2023 stattfindet.

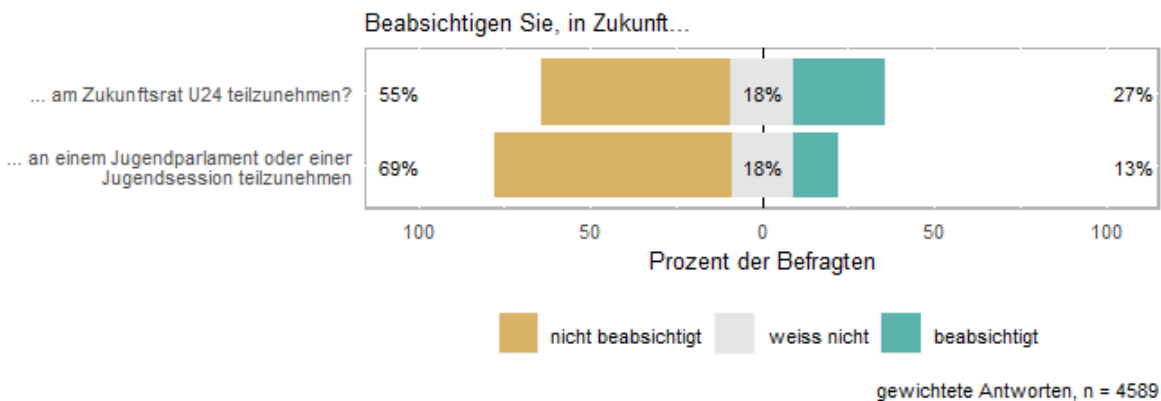
Ein erster Blick auf die Absicht, in Zukunft an diesen vier Beteiligungsmöglichkeiten teilzunehmen, zeigt bereits ein interessantes Bild. 86 Prozent der stimmberechtigten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in unserem Sample wollen an Volksabstimmungen teilnehmen, 72 Prozent an Wahlen generell. Immerhin 69 Prozent geben an, an den nächsten eidgenössischen Wahlen im Herbst 2023 teilnehmen zu wollen.

Abbildung 25: Partizipationswille an institutionellen Beteiligungsformen, nur Stimmberechtigte



13 Prozent der Befragten können sich vorstellen, in Zukunft an einem Jugendparlament oder einer Jugendsession teilzunehmen. Interesse an einer Teilnahme am Zukunftsrat U24 besteht bei rund 27 Prozent der Befragten.

Abbildung 26: Partizipationswille an jugendspezifischen Beteiligungsformen, alle Befragten

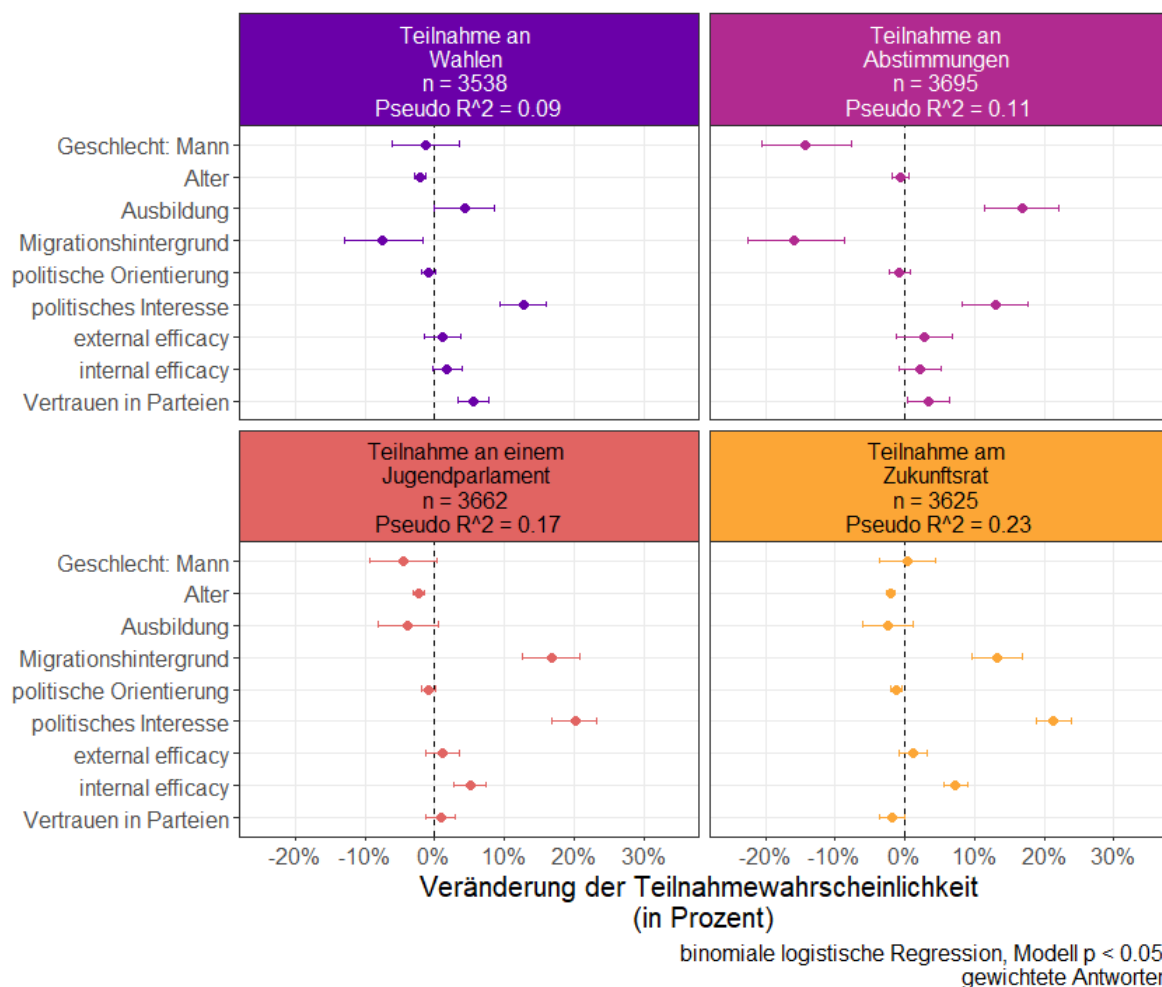


Diese Zahlen sind mit Vorsicht zu beurteilen, insbesondere, was die Teilnahmebereitschaft an den bevorstehenden Parlamentswahlen von 2023 anbelangt. Denn aus effektiven Zahlen der Wahlbeteiligung ist hinlänglich bekannt, dass die Beteiligung der jüngeren Generation deutlich tiefer liegt. Nichtsdestotrotz ist der effektive Anteil höher als die Teilnahmebereitschaft an den anderen beiden Beteiligungsmöglichkeiten. Dies hängt damit zusammen, dass Wahlen zum

integralen Bestandteil einer Demokratie gehören und die Voraussetzungen zur Teilnahme eher gering sind.

Mittels einer Regressionsanalyse versuchen wir nun weiter, die Teilnahmemotivation an diesen vier Beteiligungsformen zu erklären. Zudem interessiert uns an dieser Stelle, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist für die jeweiligen Partizipationstypen, in Zukunft an den entsprechenden Mitwirkungsmöglichkeiten teilzunehmen.

Abbildung 27: Einflussfaktoren für die Teilnahmewahrscheinlichkeit



Wie die empirische Auswertung zeigt, hängt die Teilnahmemotivation nicht von gänzlich anderen Faktoren ab. Es zeigen sich aber durchaus interessante Unterschiede. Mit Blick auf das Geschlecht zeigt sich beispielsweise, dass Frauen im Vergleich zu Männer eher bereit sind, an Abstimmungen teilzunehmen. Für die übrigen drei Beteiligungsmöglichkeiten spielt das Geschlecht hingegen keine Rolle. Mit Blick auf das Alter zeigt sich, dass Formate wie das Jugendparlament/Jugendsession oder der Zukunftsrat U24 leicht signifikant stärker jüngere Personen zur Teilnahme motivieren können als dies bei Wahlen oder Abstimmungen der Fall ist. In Bezug auf die Ausbildung scheint lediglich die Teilnahme an Abstimmungen eine gewisse Hürde mit sich zu bringen, und zwar insofern, dass die Teilnahmebereitschaft höher ist

bei denen, die eine höhere Ausbildung abgeschlossen haben. Dies ist angesichts der vielen Sachabstimmungen zu teilweise komplexen Themen eine wenig überraschende Erkenntnis. Für die Teilnahme an Wahlen, im Jugendparlament/Jugendsession oder dem Zukunftsrat U24 ist die Ausbildung jedoch kein signifikanter Faktor. Der Migrationshintergrund hingegen schon. Befragte mit Migrationshintergrund sind viel eher bereit, an einem Jugendparlament/Jugendsession oder dem Zukunftsrat U24 mitzuwirken als Befragte ohne Migrationshintergrund. Im Gegensatz dazu sind die Befragten mit Migrationshintergrund weniger bereit, sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen Befragte ohne Migrationshintergrund.

Des Weiteren hat die politische Orientierung, d.h. ob sich jemand eher als links oder eher als rechts einstuft, keinen Einfluss auf die Teilnahmemotivation an unterschiedlichen Beteiligungsformen. Ganz im Gegensatz zum politischen Interesse, welches sich durchwegs als förderlich für die Teilhabe ausweist. Mit Blick auf den Einfluss des politischen Wirksamkeitsgefühl lassen sich wiederum einige Unterschiede festhalten. Während das Vertrauen darauf, dass sich die Politiker:innen um ihre Anliegen kümmern, keinen Einfluss auf die Teilnahmebereitschaft ausübt, bedarf es für die Teilnahme an einem Jugendparlament/Jugendsession oder dem Zukunftsrat U24 einer hohen internen Wirksamkeitsüberzeugung. Sprich, wer von sich denkt, sich mit politischen Themen auszukennen und diese zu verstehen, ist motivierter, an diesen Beteiligungsformen mitzumachen. Für die Teilnahme an Wahlen oder Abstimmungen spielt diese Überzeugung jedoch eine untergeordnete Rolle. Zu guter Letzt zeigt sich, dass die Teilnahmebereitschaft an Wahlen und Abstimmungen höher ausfällt für diejenigen, die ein höheres Vertrauen in politische Parteien aufweisen. Für die Teilnahme an einem Jugendparlament/Jugendsession spielt dieser Faktor keine Rolle. Ganz im Gegensatz zum Zukunftsrat U24: Wenn auch ein kleiner Effekt, so zeigt die Analyse, dass diejenigen mit hohem Vertrauen in politische Parteien sich weniger stark für eine Teilnahme am Zukunftsrat U24 interessieren. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass der Zukunftsrat U24 im Unterschied zu institutionellen Formen oder einem Jugendparlament/einer Jugendsession stärker diejenigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen abholen und zur politischen Partizipation motivieren kann, die sich von politischen Parteien nicht vertreten fühlen. Allgemein lässt sich aber festhalten, dass ein Bürger:innenrat für Jugendliche grösstenteils dieselben Jugendlichen und jungen Erwachsenen anspricht, wie ein Jugendparlament/Jugendsession.

Nach dieser ersten Analyse auf individueller Ebene interessiert uns als nächstes, ob es mit Blick auf die Teilnahmemotivation Unterschiede gibt zwischen den in Kapitel 4 erstellten Partizipationstypen. Abbildung 28 weist hierfür mittels probabilistischen statistischen Verfahren die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten aus, mit denen die Befragten aus den jeweiligen Partizipationstypen in Zukunft an den entsprechenden Beteiligungsmöglichkeiten mitmachen werden.

Abbildung 28: Teilnahmeabsicht nach Partizipationstyp (Stimmberechtigte)

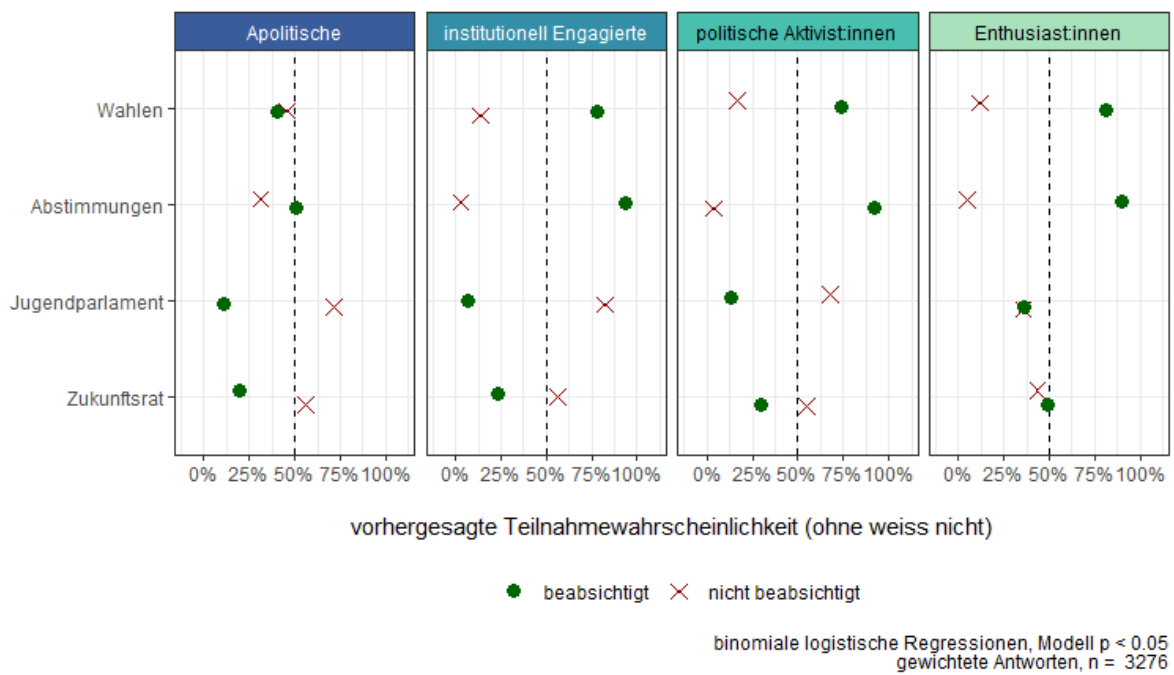
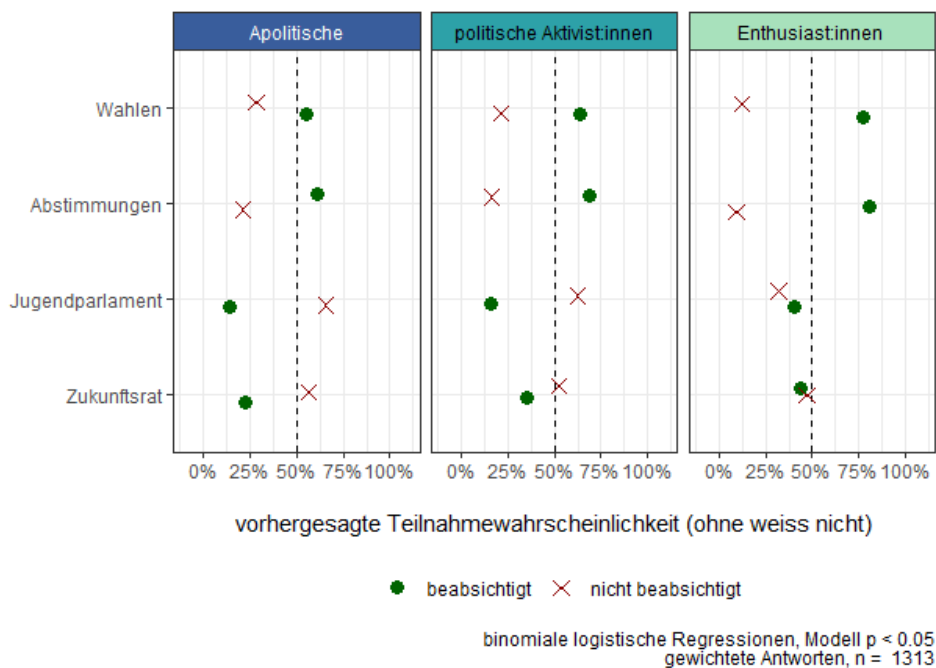


Abbildung 29: Teilnahmeabsicht nach Partizipationstyp (Nicht-Stimmberechtigte)



Grundsätzlich lassen sich zwei Erkenntnisse festhalten: Erstens fällt auf, dass die Teilnahmewahrscheinlichkeit über alle Partizipationstypen hinweg bei den institutionellen Formen (Wahlen und Abstimmungen) mit Abstand am höchsten ist. Die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen gilt als Eckpfeiler der schweizerischen Demokratie und entsprechend ist die Bereitschaft, diese beiden Mitbestimmungsmöglichkeiten zu nutzen, hoch. Wenig überraschend weisen die Apolitischen die tiefste Bereitschaft auf, sich institutionell zu

beteiligen. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich in Zukunft an Wahlen und Abstimmungen beteiligen, liegt bei knapp 40, respektive 50 Prozent. Unter den Apolitischen, die (noch) nicht stimmberechtigt sind, ist die Teilnahmewahrscheinlichkeit für Wahlen und Abstimmungen indes höher. Dies lässt sich dadurch erklären, als dass sich ein Teil dieser Gruppe mit hoher Wahrscheinlichkeit institutionell beteiligen wird, sobald sie das Stimmrecht erhalten. Interessanterweise unterscheidet sich die Teilnahmebereitschaft der Stimmberechtigten für Wahlen und Abstimmungen unter den institutionell-Engagierten, den politisch Aktiven und den Enthusiast:innen kaum. Alle möchten sich mit knapp 80-, respektive gut 90-prozentiger Wahrscheinlichkeit in Zukunft an Wahlen und Abstimmungen beteiligen. Ob die Befragten dies in Zukunft auch tatsächlich tun werden und in welcher Häufigkeit, bzw. Regelmässigkeit sie sich beteiligen, ist wiederum eine andere Frage.

Zweitens fällt auf, dass die Teilnahmemotivation zur Teilnahme an einem Jugendparlament/einer Jugendsession eindeutiger ist als beim Zukunftsrat U24. Sprich, basierend auf den bereits genutzten Partizipationsmöglichkeiten der Befragten lässt sich deutlicher vorhersagen, mit welcher Wahrscheinlichkeit die Befragten an einem Jugendparlament/einer Jugendsession teilnehmen werden. Mit Ausnahme der Politik-Enthusiast:innen nehmen die Befragten mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht an einem Jugendparlament/einer Jugendsession teil. Beim Zukunftsrat ist diese Vorhersage weniger eindeutig und weniger gut durch bereits genutzte Beteiligungsformen zu eruieren. Daraus schliessen wir, dass ein Zukunftsrat U24 potenziell eine diversere Gruppe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen abholen kann, und zwar unabhängig von bereits genutzten Beteiligungsformen. Bei den Politik-Enthusiast:innen ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie an einem Jugendparlament/einer Jugendsession teilnehmen oder nicht, bzw. ob sie am Zukunftsrat U24 teilnehmen oder nicht, in beiden Fällen etwa gleich gross. Sprich, bei den Politik-Enthusiast:innen lässt sich keine eindeutige Aussage bzgl. der Teilnahmeintention an diesen beiden Mitwirkungsformen treffen.

5. Schlussbetrachtung

Die Resultate zeigen, dass die Voraussetzungen zur politischen Partizipation unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehrheitlich gegeben sind. Rund 60 Prozent der Befragten geben an, politisch interessiert zu sein. Am höchsten ist das Interesse insbesondere für Abstimmungen in der Schweiz, internationale Politik oder einzelne Themen (z.B. Umweltpolitik). Dagegen ist das Interesse für Gemeindepolitik oder Wahlen in der Schweiz am wenigsten ausgeprägt. Die Mehrheit der Befragten informiert sich zudem mehrmals pro Woche über politische Themen. Soziale Medien wie z.B. Instagram oder TikTok sind mittlerweile die wichtigsten politischen Informationsquellen für die junge Generation. 69 Prozent der Befragten verfolgen politische Themen in den sozialen Medien mehrmals pro Woche.

Des Weiteren zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass sich eine Mehrheit der Befragten die politische Teilhabe zutraut. Rund drei Viertel fühlen sich befähigt, wichtige politische Fragen gut zu verstehen und einschätzen zu können. Ebenso viele geben an, kein Problem damit zu haben, die eigenen politischen Überzeugungen zu äussern. Demgegenüber steht eine grosse Minderheit der Befragten, die sich lieber von politischen Diskussionen fernhält. Sei dies, weil sie in einer politischen Diskussion nicht als naiv oder unwissend erscheinen wollen (41%) oder weil sie finden, dass es schnell einmal zu Konflikten führen kann, wenn über Politik diskutiert wird (44%). Rund 16 Prozent der Befragten fürchten sogar, sozial ausgegrenzt zu werden, wenn sie ihre Meinungen offen teilen.

Die Resultate über die Einstellungen zur Demokratie der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigen indes, dass die Jugendlichen ein hohes Grundvertrauen gegenüber den politischen Institutionen und eine hohe Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Schweiz aufweisen (89%). Insbesondere die direkte Demokratie mit Volksabstimmungen schätzen 87 Prozent der Befragten als ein gutes Mittel ein, über wichtige politische Fragen zu entscheiden. Weitaus kritischer sind die Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenüber Politiker:innen und politischen Parteien. Nur gerade ein Drittel (34%) ist der Ansicht, dass die Politiker:innen ihre Anliegen und Interessen genügend berücksichtigen. Zudem vertrauen lediglich 38 Prozent der Befragten den politischen Parteien.

Der Studie liegt ein weiter Begriff von politischer Partizipation zu Grunde, der sowohl institutionelle Beteiligungsformen wie z.B. Wählen und Abstimmen, als auch nicht-institutionelle Formen wie z.B. die Teilnahme an Demonstrationen oder das Engagement in gemeinnützigen Organisationen umfasst. Basierend auf der unterschiedlichen Nutzung dieser Beteiligungsmöglichkeiten identifizieren wir verschiedene Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich auf ähnliche Art und Weise politisch engagieren.

Die Stimmberechtigten (die über 18-Jährigen Schweizer:innen), die rund 62.5% Prozent der Befragten ausmachen, wurden vier verschiedenen Partizipationstypen zugeordnet: *Den Apolitischen*, die sich nicht politisch beteiligen und sich lieber aus der Politik fernhalten. Diese Gruppe macht rund 15 Prozent der Stimmberechtigten aus. Jüngere Personen, Personen mit

tiefer Ausbildung, politisch eher rechts eingestellte Personen, und solche mit niedrigem politischem Interesse, sowie mit Migrationshintergrund sind signifikant häufiger unter den Apolitischen vertreten als ältere Personen, Personen mit hoher Ausbildung, politisch eher links eingestellte Personen, solche mit hohem politischen Interesse und ohne Migrationshintergrund. Die Mehrheit der Stimmberechtigten (51%) lässt sich als *institutionell Engagierte* bezeichnen. Sie betrachten die Teilnahme an klassischen Beteiligungsformaten wie Wahlen und Abstimmungen als Bürger:innenpflicht und nehmen diese auch pflichtbewusst wahr. Darüber hinaus beschäftigen sie sich aber eher selten mit Politik. Insbesondere Männer, Personen ohne Migrationshintergrund, eher politisch rechts eingestellte und solche mit wenig ausgeprägtem politischen Interesse gehören signifikant häufiger zu den institutionell-Engagierten. Die dritte Gruppe, die *politischen Aktivist:innen* (27%), beteiligen sich ebenso stark an Wahlen und Abstimmungen wie die institutionell-Engagierten. Darüber hinaus machen sie sich aber auch viele weitere, nicht-institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten zu eigen und engagieren sich auf vielfältige Art und Weise in der Gesellschaft. Einzig in den etablierten Parteienstrukturen fühlen sie sich weniger zu Hause und engagieren sich entsprechend selten in politischen Parteien oder kandidieren für politische Ämter. Zu den politischen Aktivist:innen gehören signifikant häufiger Frauen, Personen mit höherer Ausbildung und hohem politischen Interesse, eher politisch links eingestellte Personen und solche, die sich selbst als politisch kompetent einschätzen. Im Unterschied zu den politischen Aktivist:innen sind die *Politik-Enthusiast:innen*, der vierte identifizierte Partizipationstyp (7%), viel stärker in den etablierten parteipolitischen Strukturen aktiv. Sie leben praktisch für die Politik, engagieren sich gesellschaftlich, bringen sich in politischen Parteien ein und nutzen die gesamte Bandbreite der ihnen zur Verfügung stehenden Beteiligungsmöglichkeiten. Sie zeichnen sich hauptsächlich durch ein sehr hohes politisches Interesse aus. Darüber hinaus weisen weder das Alter, das Geschlecht, die Ausbildung, noch die Herkunft oder die politische Orientierung signifikante Effekte auf, die diese Typenzugehörigkeit erklären können.

Zu den Nicht-Stimmberechtigten zählen diejenigen der Befragten, die unter 18 Jahre alt sind oder die Schweizer Staatsbürgerschaft nicht besitzen. Sie machen rund 37.5 Prozent der Befragten aus. Für die Nicht-Stimmberechtigten wurden drei Partizipationstypen identifiziert, einzig die *institutionell Engagierten* fallen aufgrund des fehlenden Wahl- und Stimmrechts weg. Die *Apolitischen* machen unter den nicht-Stimmberechtigten rund 58 Prozent aus, die *politischen Aktivist:innen* rund 31 Prozent, die *Politikenthusiast:innen* 11 Prozent. Die Faktoren, die die Zugehörigkeit zu den einzelnen Partizipations-Typen erklären, sind jeweils sehr ähnlich wie bei den Stimmberechtigten. Der viel höhere Anteil der Apolitischen im Vergleich zu den Stimmberechtigten lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass ihnen die institutionelle Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen verwehrt bleibt, weshalb die Mehrheit der nicht-Stimmberechtigten nicht aktiv am politischen Geschehen teilnimmt.

Der Wille, sich auch in Zukunft politisch zu beteiligen, ist bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen eindeutig vorhanden. Die grösste Teilnahmebereitschaft gilt dabei den

institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten, und zwar der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen. Auch neue Beteiligungsformate, wie beispielsweise der Zukunftsrat U24 stossen bei den Befragten auf ein beachtliches Interesse. Rund ein Viertel der Befragten gibt an, am Zukunftsrat U24 teilnehmen zu wollen. Allgemein lässt sich festhalten, dass ein Bürger:innenrat für Jugendliche grösstenteils ähnliche Jugendliche und junge Erwachsenen anspricht und zur politischen Teilnahme motiviert, wie ein Jugendparlament/ eine Jugendsession. Beide Beteiligungsformen sprechen im Unterschied zu klassischen Formen wie Wahlen und Abstimmungen stärker jüngere Personen und solche mit Migrationshintergrund, bzw. ohne Schweizer Pass, an. Darüber hinaus zeigt sich, dass Formate wie der Zukunftsrat U24 ein gewisses Potenzial aufweisen, solche Jugendliche und jungen Erwachsenen zur Teilnahme zu motivieren, die gegenüber etablierten politischen Institutionen und politischen Parteien skeptisch gestimmt sind. Insofern bieten solche neuen Formate die Chance, ein breiteres Spektrum an Jugendlichen und jungen Erwachsenen in politische Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen, und durch ihre Teilnahme im besten Fall auch ihr Interesse für und ihr Vertrauen in die Politik weiter zu stärken.

6. Literaturverzeichnis

- Balch, George I. 1974. „Multiple Indicators in Survey Research: The Concept ‚Sense of Political Efficacy‘“. *Political Methodology* 1(2):1–43.
- Bauböck, Rainer. 2003. „Towards a Political Theory of Migrant Transnationalism“. *The International Migration Review* 37(3):700–723.
- van Deth, Jan W. 2016. „Partizipation in der Vergleichenden Politikwissenschaft“. S. 169–80 in *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, Springer Reference Sozialwissenschaften, herausgegeben von H.-J. Lauth, M. Kneuer, und G. Pickel. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Düx, Wiebken, Gerald Prein, Erich Sass, und Claus J. Tully. 2009. *Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement: Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter*. Springer-Verlag.
- Foa, Roberto Stefan, Andrew Klassen, Daniella Wenger, Alex Rand, und Micheal Slade. 2020. *Youth and satisfaction with democracy: Reversing the democratic disconnect?* Bennett Institute for Public Policy.
- Gabriel, Oscar W., Volker Kunz, Sigrid Rossteutscher, und Jan W. van Deth. 2002. *Sozialkapital und Demokratie: zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*. Wien: WUV Universitätsverl.
- Geisler, Alexander, und Nenad Stojanović. 2020. *Project Demoscan. Citizens’ panel in Sion*. Scientific Report. Genf: Universität Genf.
- Golder, Lukas, Cloé Jans, Thomas Burgunder, Daniel Bohn, Roland Rey, und Valentina Rötheli. 2020a. *Jugendbarometer 2020. Die politisierte Jugend bekennt Farbe*. Bern: gfs.bern.
- Golder, Lukas, Cloé Jans, Tobias Keller, Laura Salathe, Daniel Bohn, und Valentina Rötheli. 2020b. *Krisen und globale Bewegungen aktivieren die Jugend*. Bern: gfs.bern.
- van der Heiden, Nico, und Paul Krummenacher. 2011. „Bringing the Backstage to the Front: The Role of Citizen Forums in Local Development Planning in Switzerland“ herausgegeben von J. Torfing und P. Triantafillou. *ECPR - Studies in European Political Science* 227–42.
- Heimann, Andri, Robin Gut, Francesco Veri, Daniel Kübler, und Nenad Stojanović. 2023. *Bürgerpanels für mehr Klimaschutz im Kanton Zürich. Schlussbericht*. Aarau: Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 20.
- Hibbing, John R., und Elizabeth Theiss-Morse. 2002. *Stealth Democracy: Americans’ Beliefs About How Government Should Work*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Howard, Marc Morjé, und Leah Gilbert. 2008. „A Cross-National Comparison of the Internal Effects of Participation in Voluntary Organizations“. *Political Studies* 56(1):12–32.
- Jans, Cloé, Adriana Pepe, Annick Doriot, Thomas Burgunder, Daniel Bohn, und Roland Rey. 2022. *Jugendbewegungen verlieren an Beliebtheit*. Bern: gfs.bern.
- Kaase, Max. 1997. „Vergleichende Politische Partizipationsforschung“. S. 159–74 in *Vergleichende Politikwissenschaft: Ein einführendes Studienhandbuch*, Uni-Taschenbücher, herausgegeben von D. Berg-Schlosser und F. Müller-Rommel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kaase, Max, und Alan Marsh. 1979. „Political Action: A Theoretical Perspective“. in *Political action. Mass participation in five Western democracies*, herausgegeben von S. H. Barnes und M. Kaase. London: Sage Publications.

Karp, Jeffrey A., und Susan A. Banducci. 2008. „Political Efficacy and Participation in Twenty-Seven Democracies: How Electoral Systems Shape Political Behaviour“. *British Journal of Political Science* 38(2):311–34.

Kübler, Daniel, Philippe E. Rochat, Su Yun Woo, und Nico van der Heiden. 2020. „Strengthen governability rather than deepen democracy: why local governments introduce participatory governance“. *International Review of Administrative Sciences* 86(3):409–26.

Micheletti, Michele. 2003. *Political Virtue and Shopping*. New York: Palgrave Macmillan US.

Milic, Thomas, Christian Frommelt, und Philippe Rochat. 2023. *Jugendbeteiligung. Jugend und Politik*. Gamprin-Bendern: Liechtenstein-Institut.

Mischler, Marianne, Stephan Gerhard Huber, Sandro Cattacin, und Isabella Lussi. 2022. „Politische Partizipation in der Schweiz“. S. 125–33 in *Young Adult Survey Switzerland*. Bd. 3. Bern: BBL/OFCL/UFCL.

Nef, Susanne, Jasmin Gisiger, Olivia Frigo Charles, Ethan Gertel, Michele Pizzera, Anna Suppa, und Peter Streckeisen. 2023. *Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren. Schlussbericht*. Bern: BBL/OFCL/UFCL.

Pasek, John, Matthew DeBell, und Jon A. Krosnick. 2014. „Standardizing and democratizing survey weights: The ANES weighting system and anesrake.“ *Standardizing and Democratizing Survey Weights: The ANES Weighting System and anesrake*.

Patzelt, Werner J. 2013. *Einführung in die Politikwissenschaft: Grundriß des Faches und studienbegleitende Orientierung*. 7. Aufl. Passau: Rothe, R.

Rothenbühler, Martina, Kathrin Kissau, und Franziska Ehrler. 2012. *CH@ YOUPART: Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz*.

Serdült, Uwe, und Gabriel Hofmann. 2022. „Möglichkeiten digitaler politischer Partizipation in den Kantonen der Schweiz – Wie erklären sich die grossen Unterschiede?“ *Yearbook of Swiss Administrative Sciences* 13(1):95–110.

Smith, Graham. 2009. *Democratic Innovations: Designing Institutions for Citizen Participation*. Cambridge: Cambridge University Press.

Snel, Erik, Godfried Engbersen, und Arjen Leerkes. 2006. „Transnational Involvement and Social Integration“. *Global Networks* 6(3):285–308.

Theocharis, Yannis, und Jan W. van Deth. 2018. „The Continuous Expansion of Citizen Participation: A New Taxonomy?“. *European Political Science Review* 10(1):139–63.

Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozmann, und Henry E. Brady. 1995. *Voice and Equality - Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

7. Anhang

7.1. Fragebogen

Bitte wählen Sie Ihre Sprache.
Veuillez sélectionner votre langue.
Selezioni la Sua lingua.

- Deutsch
- Français
- Italiano

Vielen Dank für Ihre Bereitschaft zur Teilnahme an dieser Befragung.

Beim vorliegenden Fragebogen handelt es sich um eine vom Zentrum für Demokratie der Universität Zürich durchgeführte Umfrage. Der Fragebogen besteht aus einer Reihe von Fragen zu verschiedenen Aspekten von Demokratie und neuen Formen der politischen Teilhabe. Das Ausfüllen des Fragebogens dauert ca. 20 Minuten.

Die Teilnahme an dieser Befragung basiert auf Freiwilligkeit und es steht Ihnen jederzeit frei, ohne Angabe von Gründen die Teilnahme an der Befragung abzulehnen oder abzubrechen. Wir versichern Ihnen, dass über alle gesammelten Daten strengste Vertraulichkeit gewahrt wird und diese Daten nur für wissenschaftliche Zwecke genutzt werden. Es wird keine Möglichkeit bestehen, Teilnehmende oder Adressen anhand der Ergebnisse zu identifizieren.

Bei technischen Fragen/Problemen können Sie sich per E-Mail (tech@demoscope.swiss) an DemosSCOPE oder direkt an die Ethikkommission der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich wenden (chair.ethics.committee@phil.uzh.ch).

Block Socioeconomics

Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an.

- Männlich
- Weiblich
- Anderes

Bitte geben Sie Ihr Geburtsjahr an.

Bitte geben Sie an, in welchem Kanton Sie wohnen.

- AG
- AI
- AR
- BL
- BS
- BE
- FR
- GE
- GL
- GR
- JU
- LU
- NE
- NW
- OW
- SG
- SH
- SZ

- SO
- TG
- TI
- UR
- VD
- VS
- ZG
- ZH

Wie ist Ihre derzeitige Wohnsituation? Leben Sie...

- alleine
- mit den Eltern / einem Elternteil
- mit Freundinnen oder Freunden / in einer WG
- mit Partner / Partnerin
- anderes
- weiss nicht

Was ist Ihre jetzige Hauptbeschäftigung?

- bezahlte Erwerbstätigkeit, Vollzeit (40 Stunden pro Woche oder mehr)
- bezahlte Erwerbstätigkeit, Teilzeit (15–39 Stunden pro Woche)
- bezahlte Erwerbstätigkeit, Teilzeit (weniger als 15 Stunden pro Woche)
- Mitarbeit im Familienbetrieb
- in Ausbildung (Lehrling, Schüler/in, Student/in)
- Hausfrau/mann
- arbeitslos
- andere Tätigkeit (Zwischenjahr, Urlaub, RS, etc.)
- weiss nicht

Was ist Ihre höchste abgeschlossene Ausbildung bis jetzt?

- keine
- obligatorische Schule
- Lehre EBA, Vorlehre, Diplommittelschule (bis 2 Jahre)
- Berufslehre EFZ
- Maturitätsschule, Berufsmatura
- pädagogische Hochschule
- höhere Fach- und Berufsausbildung
- höhere Fachschule
- Universität, Fachhochschule
- andere Ausbildung
- weiss nicht

In welcher Ausbildungsstufe befinden Sie sich momentan?

- keiner
- obligatorische Schule
- Lehre EBA, Vorlehre, Diplommittelschule (bis 2 Jahre)
- Berufslehre EFZ
- Maturitätsschule, Berufsmatura
- pädagogische Hochschule
- höhere Fach- und Berufsausbildung
- höhere Fachschule
- Universität, Fachhochschule
- andere Ausbildung
- weiss nicht

Welche Staatsbürgerschaft(en) haben Sie?

- nur die Schweizer Staatsbürgerschaft
- die Schweizer Staatsbürgerschaft und eine weitere Staatsbürgerschaft
- eine (oder mehrere) andere Staatsbürgerschaft(en)

Wissenschaft

Alles in allem betrachtet, wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben?

- sehr unzufrieden
- eher unzufrieden
- eher zufrieden
- sehr zufrieden
- weiss nicht

Bitte teilen Sie uns mit, inwiefern diese Aussagen zu politischen Diskussionen auf Sie persönlich zutreffen:

	trifft nicht zu	überhaupt trifft zu	eher nichttrifft eher zu	trifft voll ganz zu	undweiss nicht
Ich habe Mühe, meine politischen Überzeugungen vor jemandem zu rechtfertigen, der oder die anderer Meinung ist als ich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn Menschen über Politik diskutieren, wird es schnell einmal aggressiv und es kommt zu Konflikten. Das mag ich nicht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich habe kein Problem damit, meine politischen Überzeugungen bekanntzugeben, auch nicht gegenüber jemandem, der oder die anderer Meinung ist als ich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich will in einer politischen Diskussion nicht naiv oder unwissend erscheinen und sage deshalb nichts.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich nehme es persönlich, wenn jemand mit meinen politischen Ansichten nicht einverstanden ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
In einer Gruppe mache ich oft mit, was die Mehrheit für das Beste hält, auch wenn es nicht das ist, was ich persönlich will.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich befürchte sozial ausgegrenzt zu werden, wenn ich meine Meinung offen sage.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Block Democracy Concept

Wie wichtig ist es für Sie, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird?

- überhaupt nicht wichtig
- eher unwichtig
- eher wichtig
- sehr wichtig
- Weiss nicht

Wie zufrieden sind Sie mit unserer Demokratie in der Schweiz?

- sehr unzufrieden
- eher unzufrieden
- eher zufrieden
- sehr zufrieden
- Weiss nicht

Und nun ein paar Fragen zur Funktionsweise des politischen Systems in der Schweiz. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen Sie diese ab?

	stimme nicht zu	garstimme nicht zu	eherstimme eher zu	stimme voll ganz zu	undweiss nicht
Es ist wichtig, dass unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier gründlich diskutieren und die unterschiedlichen Ansichten gut abwägen, bevor sie wichtige politische Entscheidungen treffen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Offenheit gegenüber anderen Ansichten und die Kompromissbereitschaft sind wichtig in der Schweizer Politik.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Politikerinnen und Politiker sollen aufhören zu diskutieren und stattdessen handeln.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es wäre besser für die Schweiz, wenn politische Entscheidungen von unabhängigen Expertinnen und Experten statt von Politikerinnen und Politikern oder vom Volk getroffen würden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kompromisse sind ja gut und recht, aber wenn es um wirklich wichtige Fragen geht, kann man keine Kompromisse eingehen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es wäre besser für die Schweiz, wenn politische Entscheidungen von erfolgreichen Geschäftsleuten getroffen würden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Volksabstimmungen sind eine gute Art und Weise, um über wichtige politische Fragen zu entscheiden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wahlen geben den Menschen die Möglichkeit, ihre Meinung zu äussern, ändern aber nicht wirklich etwas.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Politische Parteien sind wichtig, um die Interessen der Wählerinnen und Wähler zu vertreten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Manche meinen, dass wir zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Einschränkungen der Grundrechte hinnehmen müssen (z.B. Versammlungsfreiheit). Andere meinen, dass die Grundrechte um jeden Preis geschützt werden müssen. Wo würden Sie auf der folgenden Skala Ihre eigene Meinung einstufen?
Zur Bekämpfung einer Pandemie (z. B. Corona) dürfen Grundrechte...

- ...ohne Weiteres eingeschränkt werden.
- ...manchmal eingeschränkt werden.
- ...nur in Ausnahmefällen eingeschränkt werden.
- ...keinesfalls eingeschränkt werden.
- weiss nicht

Bitte geben Sie uns an, wie wichtig oder unwichtig das Thema «Klimawandel» für Sie persönlich ist.

- überhaupt nicht wichtig
- eher unwichtig
- eher wichtig
- sehr wichtig
- weiss nicht

Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, wie der Klimawandel bekämpft werden soll. Auch über die Einführung einer CO₂-Abgabe für Flugreisen wird diskutiert. Zurzeit ist die CO₂-Kompensation für Flugreisen freiwillig. Einige schlagen vor, eine Flugticketabgabe für jeden Flug einzuführen: Für Kurzstreckenflüge eine

Abgabe von CHF 30.- und für Langstreckenflüge eine Abgabe von CHF 120.- pro Flug. Andere schlagen vor, Kurzstreckenflüge aus der Schweiz (Strecken kürzer als 1'500 km) zu verbieten. Welche der folgenden Optionen bevorzugen Sie persönlich?

- Die aktuellen Regeln sollen nicht verschärft werden. Eine freiwillige CO₂-Abgabe für Flugreisen reicht aus.
- Die Einführung einer obligatorischen CO₂-Abgabe für jeden Flug (CHF 30.- für Kurzstrecken, CHF 120.- für Langstrecken).
- Ein Verbot von Kurzstreckenflügen (weniger als 1'500 km Strecke) aus der Schweiz und eine CO₂-Abgabe von 120 CHF für Langstreckenflüge.
- weiss nicht

Block Civic Commitment

Im Folgenden geht es um Ihr Engagement in Organisationen, Vereinen und Verbänden. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie in den vergangenen 12 Monaten in einer der genannten Organisationen in irgendeiner Form aktiv waren (Mehrfachantworten sind möglich).

	Ich Mitglied.	bin Ich nehme an Aktivitäten/V Veranstaltungen teil.	Ich spende Geld.	Ich engagiere mich freiwillig in dieser Organisation.	Ich bin aktiv in Mitglied.	nicht weiss nicht oder
politische Partei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gewerkschaft oder Arbeitnehmendeorganisation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschafts-, Berufs- oder Bauernverband	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schüler- oder Studentenorganisation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Menschenrechtsorganisation, Organisation für humanitäre Hilfe oder Friedensbewegung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umwelt- oder Tierschutzorganisation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Organisation, die sich gegen Diskriminierung einsetzt (Sexismus, Homo-/Transphobie, Rassismus)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
patriotische Organisation (z. B. für Neutralität und Souveränität)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Jugendorganisation (z. B. Pfadi, CEVI, Jubla)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kultureller, brauch- oder volkstümlicher Verein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kunst- oder Theatergruppe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sportverein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
religiöse oder spirituelle Vereinigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Es gibt unterschiedliche Vorstellungen darüber, was es heisst, ein guter Bürger / eine gute Bürgerin zu sein. Was denken Sie, wie wichtig sind die folgenden Verhaltensweisen dafür?

	überhaupt wichtig	nicht so wichtig	eher wichtig	sehr wichtig	weiss nicht
an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
politische Themen in der Zeitung, im Radio, im Fernsehen oder im Internet verfolgen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

mit anderen über Politik diskutieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
an Protestaktionen, Demonstrationen oder Solidaritätskundgebungen teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
sich an konkreten Aktivitäten beteiligen, um Menschen im eigenen Umfeld zu helfen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
sich zusammen mit anderen für den Umweltschutz oder die Menschenrechte einsetzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
das eigene Leben nicht auf Kosten der Gesellschaft gestalten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
sich an die Gesetze halten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
einen persönlichen Beitrag zum Umweltschutz leisten (z. B. durch Wassersparmassnahmen oder Recycling)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Menschen unterstützen, denen es schlechter geht als einem selbst	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Militär- oder Zivildienst leisten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Block Political Participation

Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie an den nächsten eidgenössischen Wahlen im Herbst 2023 teilnehmen?

- Ich werde mit Sicherheit nicht teilnehmen.
- Ich werde wahrscheinlich nicht teilnehmen.
- Ich werde wahrscheinlich teilnehmen.
- Ich werde mit Sicherheit teilnehmen.
- weiss nicht

In der Politik wird immer wieder von «links» und «rechts» gesprochen. Wo würden Sie sich politisch auf einer Skala zwischen ganz links (0) und ganz rechts (10) einstufen?

- 0 (ganz links)
- 1
- 2
- 3
- 4
- 5 (mittig)
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10 (ganz rechts)
- weiss nicht

Welche politische Partei entspricht Ihren Ansichten am besten?

- SVP
- SP
- FDP
- Grüne
- Die Mitte (ehemals CVP und BDP)
- GLP
- EVP
- EDU
- Partei der Arbeit
- solidaritéS
- Lega dei Ticinesi
- Alternative Liste

Politische Teilnahme beschränkt sich nicht auf die Schweiz. Man kann sich auch im Ausland politisch engagieren oder sich in der Schweiz für Anliegen im Ausland einsetzen.
Bitte geben Sie uns an, ob Sie die folgenden Dinge bereits getan haben.

	Nein, habe ich noch nie gemacht.	Ja, habe ich bereits gemacht.	weiss nicht
an Wahlen oder Abstimmungen im Ausland teilgenommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in der Schweiz für politische Anliegen eines anderen Landes eingesetzt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in der Schweiz an Demonstrationen für politische Anliegen eines anderen Landes teilgenommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Geld gespendet für humanitäre Zwecke im Ausland	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
einen Politiker oder eine Politikerin kontaktiert wegen einer Frage oder eines Problems im Ausland	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Geld an Familienangehörige in einem anderen Land als der Schweiz überwiesen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Im Ausland an einer Demonstrationen teilgenommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ehrenamtlich im Ausland engagiert in einer sozialen, humanitären oder karitativen Organisation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nachrichten und Zeitungen aus einem anderen Land als der Schweiz gelesen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Block Future Council

Beim Zukunftsrat werden rund 80 zufällig ausgeloste Jugendliche aus der ganzen Schweiz über ein Thema ihrer Wahl diskutieren. Zur Auswahl stehen fünf Themen.

Über welches Thema sollte der Zukunftsrat U24 Ihrer Meinung nach diskutieren?

- Psychische Gesundheit («Wie können wir die psychische Gesundheit in allen Lebensbereichen und die Diskussion über das Thema fördern? Welche Angebote braucht es für Jugendliche?»)
- Bildung für Chancengerechtigkeit («Wie gestalten wir Bildung so, dass sie politische und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht? Wie kann Bildung zu mehr Chancengerechtigkeit beitragen?»)
- Migration und Zusammenhalt («Wie sollen wir in der Schweiz das Zusammenleben, die Integration und Teilhabemöglichkeiten von Menschen ohne Schweizer Pass gestalten?»)
- Demokratische Mitgestaltung («Wie können wir demokratische und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und weiterentwickeln?»)
- Sozial tragbare Nachhaltigkeit («Wie kann die Schweiz eine nachhaltige Entwicklung verfolgen, die sozialverträglich ist und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert?»)
- weiss nicht

Möchten Sie am Zukunftsrat U24 teilnehmen bzw. könnten Sie sich vorstellen teilzunehmen?

- ja
- nein
- weiss nicht

Survey End

7.2. Analyse und Gewichtung der Daten

Die Datenanalyse wurde mit der open-source Software R, Version 4.3.1 "Beagle Scouts" in RStudio Version 2023.06.1 "Mountain Hydrangea" durchgeführt.

Um eine möglichst repräsentative Abbildung der jungen Schweizer Bevölkerung zu erreichen, wurde jeder Person basierend auf Geschlecht, Alterskategorie, Sprache und Staatsangehörigkeit ein Gewichtungsscore zugewiesen. Die Gewichtung wurde mit dem *anesrake* Paket (Pasek et al. 2014) vorgenommen. Als Referenz dienen die Verteilungen der jeweiligen Merkmale in der Wohnbevölkerung der entsprechenden Jahrgänge gemäss den Bevölkerungsdaten des Bundesamtes Statistik. Die Verteilung nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit entstammt dem *Datensatz Ständige Wohnbevölkerung nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeitskategorie*⁹. Die Verteilung nach Sprache entstammt dem Datensatz *Hauptsprachen nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen in der Schweiz*¹⁰.

Der Gewichtungsscore reicht von einem Minimum von 0.21 zu einem Maximum von 4.46. Den minimalen Gewichtungsscore erhält eine italienischsprachige, 18–19-jährige Frau mit Schweizer Staatsbürgerschaft. Den maximalen Gewichtungsscore erhält ein deutschsprachiger, 24–25-jähriger Mann mit ausländischer Staatsbürgerschaft.

⁹ <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/je-d-01.02.03.02>

¹⁰ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/sprachen-religionen/sprachen.assetdetail.24205443.html>